Stadthalle Münster
Sonntag, 11. März
4 Uhr nachmittags
...pt-Konzert
des Männer-Gesangvereins
...nstantia Münster
) Gegründ. 1874. Leitung Chor-...l. Herm. Grein mit dem gesamt.
...idtisch. Orchester
...: Musikdir. Dr. R. v. Alpenburg
...ortragsfolge:
...ture zur Oper ...
...die Zauberflöte" . . W. A. Mozart
...innerchor:
Ave verum . . . W. A. Mozart
Die Ver...er . . L. v. Beethoven
Palmsonntag
Chorwerk . . . . K. Kämpf
...mphonie in H-moll F. Schubert
...innerchor m. Orch.:
...e Allmacht . . . . F. Schubert
bearbeitet von H. Zöllner
PAUSE
...erspiel z. „Parsifal" R. Wagner
...innerchor Rheinsage
...horwerk) . . . P. Lehrmann
...sso. Lamento e trionfo F. Liszt
Symphonische Dichtung
...innerchor:
...Liebesklage . . . M. Neumann
...Zahlen Füßen A. v. Ochsenraven
Ganz so wie du . . . K. Kämpf
...ängerzahl 127
...chen u. dickwandigen
...nröhren
...gebranntem Schiefer-
...billig und prompt
...& Co. G.m.b.H.
...stollhandel.
...W., Kalthagen 31
Schenkwirtschaft
...Bäckerei und Mühle.
...des Zwangsvergleiches wird ...
...Pietor in Haldern (Rhld.)
...großem Saal und moderner ...
...einrichtung einziger Saal ...
...er Bier-, Wein- u. Schnaps-...
...anlagen, in der Nähe von ...
...n.
...Sicherland zu Bauzt geeignet, ...
...te Villa mit Zier- und Nutz-...
Lage. b4505
...nachm. 4 Uhr, an Ort u. ...
...tlich bei günstigen Zahlungs-...
...Die Bedingungen sind auf ...
...Wetzel, Hamaring 34, und ...
...Rich. Weck in Haldern ein u. ...
...auch auf Antordern mitg. teilt.
Alfred Buchmann Wesel.
...er Frühling naht!
...Feldsämereien
...sen.
...knollengewächse
...usw.).
...bar artikel.
...mpfungsmittel.
...imon
...ßhandlung
Salzstr 47/48
...n-Adresse: Recklsamen.
...nehmen am Platze,
...nkt an die Saat!
...auch „Creme Koppus"
...a nicht bereuen!
...editions-Geschäft
...nster i. W.
...5 April einen [cvt0290
...nen jungen Mann
...ein im Maschinenschreiben, ...
...Korrespondenz. Entl. ...
...solche Herren welche obige ...
...n, wollen sich melden
...ild. Zeugnisabschriften und ...
...sagnrüchen unter M 839 ...
...Morgenpost in Münster.

Rheder Volkszeitung

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-ämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 65 | Montag, den 5. März | Jahrgang 1928

Der Beginn der Genfer Ratstagung.

Die heute beginnende Frühjahrstagung des Völkerbundrates wird, wie man es allmählich gewohnt ist, voraussichtlich in erster Linie Mittel zum Zweck sein, nämlich von ausführlichen Besprechungen zwischen den Außenministern der Großmächte. Man wird ihr darum die Aufmerksamkeit nicht versagen dürfen. Gerade der kommenden Ratstagung am allerwenigsten, weil sich hinter den Kulissen diesmal voraussichtlich ganz besonders wichtige Dinge vorbereiten werden. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß die so heftig entbrannte Schlacht um Südtirol mit solchem Aufwand von diplomatischer Mäßigung wieder abgebrochen wurde, ohne daß sogar Mussolini Gelegenheit nahm, eine seiner berühmten Reden zu halten. Man bemüht sich — und London hat ganz unzweifelhaft seine Hand hier im Spiel gehabt — um eine Vorbereitung der Atmosphäre in einem für freundschaftliche Besprechungen günstigen Sinne. Derartige freundschaftliche Besprechungen werden zunächst einmal zwischen dem französischen und dem südslawischen Außenminister und Mussolini stattfinden, wobei man optimistisch genug ist, auf die Anbahnung der Bildung eines französisch-italienisch-südslawischen Freundschaftsverhältnisses zu hoffen. Man geht aber wohl nicht fehl, wenn man diesen Komplex der Sonderbesprechungen der Außenminister nur als die Vorbereitung einer größeren Aktion ansieht, die — wie vorläufig nur gerüchtweise verlautet — in der Einberufung einer Mittelmeerkonferenz zwischen England, Frankreich, Italien und Spanien gipfeln dürfte.

Das etwa ist die allgemeine Atmosphäre, in deren Zeichen die Ratstagung stehen wird, und man weiß ja bereits aus Erfahrung, daß die großen Regisseure dieser Tagungen dem Lauf der Dinge im allgemeinen die Richtung zu geben imstande sind, die sie als ihren besonderen Absichten nützlich ansehen. Da Südslawiens Außenminister möglicherweise nach der geplanten Zusammenkunft mit seinen Kollegen von den Staaten der Kleinen Entente mit einem gewissen Aktivum bei Mussolini erscheinen wird, wird man annehmen dürfen, daß die eine der Hauptfragen des vorliegenden Programms, nämlich der ungarisch-rumänische Optantenstreit, wenn nicht wieder vertagt, so doch in einer Weise behandelt werden wird, die auf keiner Seite allzu schwere Mißstimmungen erregt. Bei der zähen Wahrung der wirklichen und vermeintlichen Rechte auf beiden Seiten wird allerdings die abermalige Vertagung des Problems die letztmögliche Lösung sein. Die Schwierigkeiten, mit denen der andere Hauptprogrammpunkt, die Frage der Anwendung des Investigationsverfahrens gegen Ungarn wegen der Waffenaffäre von Szent Gotthard zu drohen scheint, dürften in Wirklichkeit nicht so schwer aus der Welt zu räumen sein, da das Vorgehen des bisherigen Ratspräsidenten Tschenglo wohl in der Tat über die offiziellen Befugnisse des Ratspräsidenten hinausging und Italien, das ja an der Nichtanwendung des Investigationsrechtes in diesem Fall interessiert sein dürfte, wohl im Hinblick auf die anderen Fragen Briand wird veranlassen können, diese Gelegenheit zur Schaffung eines später etwa gegen Deutschland in Anwendung zu bringenden Präzedenzfalles ungenutzt zu lassen.

Im übrigen stehen noch 23 Geschäftspunkte auf dem Programm, von denen — wie der ungarisch-rumänische Optantenstreit, die Danziger Fragen und die Verhandlungen über das Saargebiet — der größere Teil allerdings zu jenen Problemen gehört, die seit langem zum eisernen Aufgabenbestand der Ratstagungen gehören, ohne bisher sonderlich gefördert zu sein. Die Frage der Gewährung von Völkerbundsanleihen an Bulgarien und Portugal dürfte wenigstens theoretisch gelöst werden, obwohl bei Bulgarien das Problem der Umwandlung der bulgarischen Nationalbank, bei Portugal die Frage der politischen Sicherheit des Landes selbst, wo ja vor kurzem erst wieder eine Revolution drohte, deren Führer die Verpflichtungen der gegenwärtigen Regierung nicht anerkennen wollen, noch nicht geklärt sind. Schließlich sind noch zwei Punkte von besonderem Interesse, nämlich die Tatsache, daß der Internationale Gerichtshof im Haag den Völkerbund ersucht hat, gewisse Punkte seiner Immunitätsstellung zu fixieren und der Wunsch der englischen Regierung, dem Irak den Beitritt zu den internationalen Konventionen über den Durchgangsverkehr von 1921 und über die Ordnung der Meereshäfen von 1923 zu ermöglichen, ein Wunsch, der wohl als ein vorbereitender Schritt für die Aufnahme der Irak in den Völkerbund angesehen werden mag, der aber zugleich als eine Aktion Englands gelten muß, diesem noch auf unbestimmte Zeit unter seiner Vormundschaft stehenden Staat eine gewisse Vormachtstellung gegenüber seinen arabischen Nachbarn zu geben.

Obwohl Briand mit seinem altvertrauten und bewährten Mitarbeiter Berthelot, dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, in Genf erscheinen wird, was auf besonders eingehende Behandlung wichtigster Materien schließen läßt, dürften entscheidende Besprechungen über die Frage der Rheinlandräumung nicht stattfinden, da die innerpolitische Situation jenseits wie diesseits des Rheines angesichts der Wahlen gar zu ungeklärt ist. Wahrscheinlich bringt Briand seinen sachlich glänzend informierten Mitarbeiter in erster Linie für die Verhandlungen mit England und Italien mit, da ja die Stellung Frankreichs zwischen England und Italien und schließlich auch Spanien im Hinblick auf etwa geplante Mittelmeerverhandlungen besonders schwierig ist. So wird die Frühjahrstagung des Rates zwar nicht aus ihrem offiziellen Betätigungskreis, wohl aber aus den Verhandlungen der Außenminister wertvolle Schlüsse auf die demnächstigen Vorgänge in der großen europäischen Politik ermöglichen.

Der Parteitag des badischen Zentrums.

Gegen Dr. Wirth.

× **Freiburg**, 3. März. Ueber die heute abgehaltene Sitzung des Zentralkomitees der badischen Zentrumspartei, das in Vorbereitung des morgen hier stattfindenden Parteitages zusammentrat, wurde ein offizieller Bericht ausgegeben, aus dem nach dem Berichte des Wolff'schen Telegraphen-Büros hervorgeht, daß auch über die Frage des Reichsschulgesetzes gesprochen worden ist. Reichskanzler a. D. Dr. Wirth betonte hierbei, seine Schritte in der Schulfrage seien lediglich der Sorge über die Zweckmäßigkeit der eingeschlagenen Taktik entsprungen. Ihm wurde nach dem offiziellen Bericht entgegengehalten, daß dann der Weg nicht über das „Berliner Tageblatt" und „Die Deutsche Republik", nicht über die Bekämpfung des Gesetzentwurfes, sondern über die Mitarbeit in der Reichstagsfraktion unter Fühlungnahme mit der Badischen Landespartei hätte gehen müssen. Bei der Besprechung des Reichstagswahlrechtes wurde verlangt, daß aus Baden künftig nur Vertreter in den Reichstag entsandt werden dürften, die sich verpflichteten, mit aller Kraft die Wahlreform zu betreiben. Von Arbeiterseite wurde unter allgemeiner Zustimmung Geschlossenheit und Disziplin verlangt und die Haltung Dr. Wirths der Gewerkschaftsbewegung gegenüber auf das entschiedenste verurteilt.

Eine Rede des Reichsfinanzministers Köhler.

Freiburg, 3. März. Heute abend sprach Reichsfinanzminister Dr. Köhler im Rahmen des Landesparteitages des badischen Zentrums in einer öffentlichen Versammlung über die politische Lage und betonte dabei, daß die seit 1927 bestehende Koalition erledigt sei. Die am Zentrum wegen seiner Teilnahme an der Koalition geübte Kritik sei vollkommen ungerechtfertigt, denn es habe weder sachlich noch grundsätzlich irgend etwas preisgegeben. Noch weniger habe das Zentrum eine Politik der deutschnationalen Fraktion gemacht. Außerdem hätte der Versuch des Zusammenregierens mit den Deutschnationalen einmal gemacht werden müssen; man habe damit die Deutschnationalen nicht nur zur Billigung, sondern auch zum verantwortlichen Mittragen der bisherigen Außenpolitik gezwungen. Der Minister ging dann auf das Reichsschulgesetz ein und stellte fest, daß dieses Gesetz an der unbelehrbaren und unbekehrbaren Haltung der Deutschen Volkspartei gescheitert sei. Hätte diese Partei schon bei den Verhandlungen um die neue Koalition ihre Stellungnahme zum Reichsschulgesetz mitgeteilt, dann wäre die Koalition schon bei den ersten Versuchen zu ihrer Bildung gescheitert. Das Reichsschulgesetz werde auch in Zukunft eine der wesentlichsten Forderungen des Zentrums sein. Die Partei sehe den Neuwahlen mit gutem Gewissen entgegen. Die Außenpolitik des vergangenen Jahres wurde vom Zentrum geleitet und dem gerade von Zentrumsführern stets betonten Willen zur friedlichen Verständigung. An der nun leider eingetretenen Stockung in der außenpolitischen Entwicklung trage die gegenwärtige Koalition keine Schuld. Auf das Problem Reich und Länder eingehend, lehnte der Minister den liberal-demokratischen Einheitsstaat entschieden ab. Man wolle in Süddeutschland keine Auslieferung an die Großbürokratie, die schon ohnehin durch den fortgesetzten Ministerwechsel im Reiche sehr mächtig geworden sei. Den lebensfähigen Ländern müsse die Möglichkeit einer würdigen Existenz auch weiterhin gegeben werden. Ebenso wichtig wie die Reform der Verfassung und der Verwaltung sei eine solche des Reichstagswahlrechts, eine Frage, die eventuell durch Volksentscheid geregelt werden müsse. Der Minister behandelte dann eingehend die Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft und den Mittelstand und erinnerte dabei an die Fürsorge für die Invaliden-rentner, Kleinrentner und Kriegsbeschädigten. Das Jahr 1927 habe viele Versprechungen eingelöst, die von anderen in früheren Jahren abgegeben wurden. Das treffe besonders auf die Beamtenbesoldung zu. Der Minister besprach sodann die Finanzpolitik des Reiches, die eine Wirtschaftspolitik sein müsse. An der Phoebus-Angelegenheit sei die jetzige Regierung unschuldig, da sie sie bei ihrem Amtsantritt vorgefunden habe. Auf den Reichsetat habe das Wirtschaftsjahr günstig eingewirkt. Trotz der erhöhten Reparationslasten sei es mittels stärkster Abstriche gelungen, den Etat für 1928 ins Gleichgewicht zu bringen. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß es der Regierung gelingen werde, wenigstens für die Gemeinden den Auslandsmarkt wieder zu öffnen, und zwar durch Einführung der Oeffentlichkeit der Finanzwirtschaft der Gemeinden und einer Kontrolle sparsamster Wirtschaftsführung. Der Steuerdruck im ganzen müsse vermieden werden, wozu die vielen Interessenverbände in Deutschland durch Vereinfachung ihrer großen Organisationen wesentlich beitragen könnten. Dr. Köhler schloß mit der Aufforderung, auch in Zukunft Einigkeit und Geschlossenheit im Zentrum zu wahren.

Mussolinis Drohungen gegen Oesterreich.

Alle deutschsprachigen Beamten werden versetzt oder abgebaut.

Rom, 3. März.

„Dieses ist das letzte Mal, daß ich zur Südtiroler Frage in einer Rede Stellung nehme, das nächste Mal werden die Taten sprechen." Dieser gleich zu Anfang der heutigen Kammersitzung von Mussolini den jubelnden Abgeordneten zugerufene Satz, ferner die ebenso begeistert aufgenommene Ankündigung, daß, wenn der antiitalienische Feldzug jenseits des Brenners nicht aufhöre, zur Strafe für das schlechte Verhalten der Südtiroler oder ihrer Freunde alle in Südtirol erscheinenden deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften unterdrückt werden sollen, schließlich die Mitteilung, daß die letzten deutschsprachigen Beamten, die noch im Amt geblieben seien, entweder versetzt oder in den Ruhestand überführt werden sollen, bildeten den wesentlichen und entscheidenden Inhalt der mit so großer Spannung erwarteten Antwortrede Mussolinis von heute.

Im übrigen hat Mussolini, wie vorausgesehen werden konnte, die Berechtigung der in Wien erhobenen Beschwerden auf das entschiedenste abgeleugnet und hat ihnen die Wohltaten gegenübergehalten, die Italien seit Kriegsschluß Oesterreich erwiesen habe.

Mussolini ging dann auf die bereits von italienischen Blättern angeführten Einzelheiten über die Meliorationen in Südtirol ein, erwähnte auch, daß Oesterreich sich gelegentlich der Abstimmung über Klagenfurt im Jahre 1920 hilfesuchend an Italien gewandt habe, weil es sich von einer bereitstehenden südslawischen Division bedroht fühlte. Italien ist der Bitte um Belassung seiner Truppen auf dem Abstimmungsgebiet nachgekommen und hat dafür den Dank der österreichischen Regierung erhalten.

Ebenso habe der österreichische Gesandte in Rom noch vor vierzehn Tagen den Dank Dr. Seipels an Mussolini für die ungewöhnlich freundliche Haltung Italiens in der Frage der Militärkontrolle und der neuen Anleihe ausgedrückt.

Die Rede Mussolinis, die mit der üblichen Bekräftigung endete, daß auf dem Brenner die Lebenden und die Toten der großen italienischen Nation ständen, wurde wiederholt durch laute Begeisterungsstürme unterbrochen, und am Schlusse sangen die Abgeordneten das Piave-Lied.

Die Rede ist auch reich an Andeutungen dafür, daß eine Fortsetzung der bisherigen Manifestationen für Südtirol im Ausland den Südtirolern selbst nur schaden würde. So teilte Mussolini mit, daß einer von den auf die Inseln verschickten Südtirolern bereits freigelassen worden wäre, wenn man von außen nicht versucht hätte, auf die italienische Regierung einen Druck auszuüben.

★

Er pfeift auf den Völkerbund.

Berlin, 4. März. (Drahtb. unserer Berl. Redaktion.) Die Tragweite der Mussolini-Rede gegen Oesterreich wird, wie sich der „Montag" aus Rom drahten läßt, in diplomatischen Kreisen verschieden beurteilt. Jedoch herrsche Einigkeit darüber, daß die Lage eine ungemeine Verschärfung erfahren habe. Auch die römische Regierungspresse läßt darüber keinen Zweifel. Sie erklärt nämlich klipp und klar, daß Mussolini die Südtiroler Frage einfach abgeschafft habe; er werde jede Beschäftigung damit als einen unfreundlichen Akt gegen Italien betrachten. Der Völkerbund weiß also, daß er zu kuschen hat. Da die Meinung Mussolinis wohl schwerlich in Innsbruck und in Wien geteilt werden wird, so wäre hier ein Musterfall für den Völkerbund gegeben, der es als seine Aufgabe betrachtet, die Unruheherde in Europa zu beseitigen. Einen solchen Völkerbund gebe es, wie der „Montag" hierzu weiter schreibt, leider nicht, sondern nur das Jammergebilde der Ententekulissen in Genf. Der traurige Schluß dieser Erwägungen laute, man könne vorerst nichts machen und müsse den Ereignissen einstweilen ihren Lauf lassen.

★

Der Eindruck in Genf.

O **Genf**, 4. März. Die große Rede Mussolinis hat bei den hier anwesenden Völkerbundsdelegierten ausnahmslos großes Aufsehen erregt. Von Seiten der deutschen Delegation wird es zunächst abgelehnt, hierzu Stellung zu nehmen, bevor nicht der authentische Text der Erklärung Mussolinis vorliegt. Besondere Aufmerksamkeit scheint jedoch der Passus der Erklärung Mussolinis hervorgerufen zu haben, nach dem die faschistische Regierung sich an die Abmachungen der früheren italienischen Regierung nicht gebunden erachtet.

★

Keine Einreden!

Rom, 3. März. Der „Tevere" beginnt eine Serie heftiger Angriffe auf Kardinalstaatssekretär Gasparri, dem er, wohl im Zusammenhang mit der österreichisch-italienischen Streitfrage des Südtirol, vorwirft, sich „sehr bissig" über gewisse Regierungsmethoden des Faschismus geäußert zu haben. Der Artikel erregt beträchtliches Aufsehen, weil darin auch über den „quasi unfehlbaren" Stellvertreter des Papstes gespottet wird.

★

Der deutsche Klerus zur Frage des Religionsunterrichts.

v **Wien**, 3. März. Die „Neue Freie Presse" meldet aus Innsbruck: Der deutsche Klerus der Diözese Trient hat an den Fürstbischof Endrizzi das Ersuchen gerichtet, beim Vatikan einen Visitator für Südtirol zu erbitten. Dieser müsse politisch neutral sein und deutsch sprechen können, sowie womöglich einem neutralen Staate angehören, damit er das Vertrauen gewinne. In einer Konferenz der deutschen Dekane der Diözese Trient erklärten sämtliche Anwesenden dem Fürstbischof, daß die Erteilung des Religionsunterrichtes in italienischer Sprache von der gesamten deutschen Geistlichkeit abgelehnt werde. Die Dekane ersuchten den Fürstbischof um Intervention beim Vatikan. Der Klerus des Dekanats Mals hat beschlossen, sich durch kein Verbot von der Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache abbringen zu lassen.

★

Protest gegen ein Zeitungs-Verbot.

× **Berlin**, 3. März. Die „Vossische Zeitung" ist durch Verfügung der italienischen Behörde für das ganze italienische Staatsgebiet verboten worden. Als Grund wurde dem Korrespondenten des Blattes die angebliche „anti-italienische und anti-faschistische" Haltung der „Vossischen Zeitung" angegeben. Die „Vossische Zeitung" bestreitet demgegenüber, jemals eine anti-italienische Haltung eingenommen zu haben und stellt fest, daß sie lediglich die berechtigten deutschen Kulturinteressen der Südtiroler verfochten habe. Verlag und Redaktion haben sich beschwerdeführend und mit der Bitte um Schutz und Vermittlung an das Auswärtige Amt gewandt.

Der Entwurf der Eisenbahnverkehrsordnung.

Frankfurt a. M., 3. März.

Der vom Reichsverkehrsministerium ausgearbeitete Entwurf der neuen Eisenbahnverkehrsordnung wird in einer Sitzung des Reichseisenbahnrats am 9. März vorgelegt werden. Der Entwurf bringt, wie ich erfahre, einige recht beträchtliche Vergünstigungen für die Reisenden. Insbesondere erfahren die Bestimmungen über die Beförderung von Reisegepäck verschiedene Erweiterungen. Die Reichsbahn wird künftig bei Verlust oder Beschädigung des Gepäcks in weitem Umfang haften. Ferner hat der Reisende künftig einen Rechtsanspruch auf Rückerstattung des Fahrgeldes bei nicht benutzter Karte, während bisher die Rückerstattung nur aus Billigkeitsgründen erfolgte. Auch wird der Reisende künftig einen Rechtsanspruch auf Beförderung in der nächsthöheren Klasse haben, wenn in der Klasse, für die er eine Fahrkarte besitzt, kein Platz vorhanden ist. Dagegen wird der Entwurf über die Einführung eines zweiklassigen Systems noch nichts enthalten, weil die Ermittelungen darüber noch nicht abgeschlossen sind. Die neue Verkehrsordnung soll am 1. Oktober in Kraft treten.

Der Volkstrauertag in Berlin.

Von unserer Berliner Redaktion.

△ **Berlin**, 4. März. (Drahtb.)

Am Sonntag fanden in Berlin anläßlich des Volkstrauertages zahlreiche Trauerfeiern statt. So versammelten sich auch in diesem Jahre wieder Vertreter der Reichsregierung, der Parlamente und Behörden im Reichstag, wo eine würdige Trauerfeier stattfand. Am Regierungstisch hatten Vizekanzler Dr. Hergt und Reichsarbeitsminister Dr. Brauns Platz genommen. Pünktlich um 12 Uhr erschien dann Reichspräsident v. Hindenburg in Begleitung des Reichstagspräsidenten Loebe, der Reichsminister v. Keudell, Gröner und Schiele.

Nach eindrucksvollen musikalischen Darbietungen hielt der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Pfarrer Siems (Charlottenburg), eine zu Herzen gehende Rede. Er betonte, überall in deutschen Landen werde der 4. März als ein Tag der Trauer begangen werden. Der Volksbund betreut in Frankreich gegenwärtig 30 Friedhöfe. In dem Programm für 1928

sek vorgesehen, weitere 12 Friedhöfe in Pflege zu nehmen. In Polen sorge der Volksbund für 49, in Rußland für 149, in Griechenland für 2, in Dänemark für 1, in Bulgarien und Palästina je 1, in Litauen für 26, in Siebenbürgen für 2 und auch in Italien für 2 Friedhöfe.

Hierauf nahm Dr. Kreutz aus Freiburg, der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, das Wort zur Gedenkrede für die Gefallenen. Sodann sangen die Versammelten das Lied „Ich hatt' einen Kameraden". Nach dem Schlußwort des Präsidenten, das in ein Hoch auf den Reichspräsidenten und auf das deutsche Volk ausklang, sang die Trauergemeinde das Deutschlandlied.

Im Anschluß an die Trauerfeier fand vor dem Reichstag auf dem Platz der Republik eine Parade statt. Während oben Flugzeuge mit schwarzen Wimpeln kreisten, wurden aus dem Reichstag unter den Klängen des Präsentiermarsches die Fahnen herausgetragen. Wenige Minuten später erschien dann der Reichspräsident, begleitet von Reichswehrminister Gröner und General Heye. Hindenburg schritt die Front ab und verließ gegen 1,30 Uhr unter stürmischen Hochrufen den Tiergarten, um sich in sein Palais zurückzubegeben.

Geistesfreiheit, Demokratie und Schulwesen.

Von

Landgerichtsdirektor Dr. Marx, Köln.

Das höchste Gut des Menschen, das zugleich seine Würde begründet, ist die angeborene Geistesfreiheit, die es ihm ermöglicht, nur seinem Gewissen zu folgen. Sie gibt ihm die eigene Verantwortung und läßt ihn zu selbständiger sittlicher Höhe gelangen. Deshalb hat auch die mit dem Zusammenschluß der Volksgenossen gegebene Staatsgewalt die Geistesfreiheit des einzelnen dahin zu respektieren, daß der Staat die Vorbedingungen für die freie sittliche Vervollkommnung des einzelnen schafft, nicht aber ihn in seinem geistigen Wirken unnötigerweise behindert. Der Staat ist nach christlicher Auffassung Mittel für die Vervollkommnungszwecke der menschlichen Persönlichkeit. Der Staat darf auch nach moderner Auffassung in keiner Beziehung in die gedankliche, die Geistes- und die Gewissensfreiheit des einzelnen eingreifen. Das Recht des Staates ist kein absolutes über den Menschen. „Wo das menschlich-irdische Recht an die Grenzen seiner Macht gekommen, wo das innere unsichtbare Geistesleben in angeborener Freiheit waltet, da hat vorerst auch der staatliche Gehorsam sein Ende gefunden, und kein Individuum ist verpflichtet, so zu glauben, so zu denken und so zu fühlen, wie die Staatsgewalt etwa vorzuschreiben sich angemaßt hat." (Bluntschli „Die Lehre vom modernen Staat" II. S. 664). Die sittliche Ordnung verlangt, daß wir mit unsern Mitmenschen in Frieden leben. Wir müssen uns deshalb nicht nur jeden Angriffes auf ihr leibliches Leben und ihr Eigentum enthalten, sondern auch ihre Gefühle schonen und demgemäß ihr selbständiges Geistesleben und dessen pflichtmäßige äußere Betätigung nach Möglichkeit unangetastet lassen. Das ist ein Gebot der Nächstenliebe und zugleich eine Forderung des vom Staat zu beachtenden Naturrechts.

Dies alles hat die wahre Demokratie zu beachten, in der Träger der Staatsgewalt das Volk mit der Verpflichtung ist, in Wahrung rechter Parität die natürlichen Wesensanlagen des einzelnen im Rahmen des Sittengesetzes zu voller Entfaltung kommen zu lassen. Bei solcher Handhabung der Staatsgewalt verdient sogar die Demokratie den Vorzug vor anderen Staatsformen, weshalb Augustinus (De lib. arbitrio I. 6) sagt: „Besitzt ein Volk sittliche Selbstzucht und ist es selbst der eifrigste Hüter des bedeutungsschweren Gemeinwohls, sodaß jeder einzelne Bürger dem öffentlichen Interesse vor dem persönlichen den Vorzug gibt, so ist es nur gerecht, daß ein solches Volk gesetzlich und verfassungsmäßig ermächtigt ist, sich seine Behörden selbst zu wählen, die dann seine Sache — denn das ist doch der Staat — verwalten soll."

Wir haben jetzt in unserm Vaterland die Demokratie als die für ein mündiges Volk mit großer wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung angemessene Staatsform. Sehr zutreffend sagt Pieper (Staatslexikon I. 1732): „Entwickelt sich das Volk mehr und mehr zu wirtschaftlicher und geistiger Mündigkeit, stellen die wachsenden Aufgaben des Wirtschafts- und Kulturlebens größere Anforderungen an die Selbstbestimmung und Selbstverantwortung, vor allem, muß der Staat mehr und mehr Aufgaben in Förderung und Schutz des wirtschaftlichen und sozialen Lebens übernehmen, so erwacht naturgemäß der Lebenswille solcherart mündig gewordenen Volkes zu bestimmendem Einfluß auf die Staatsregierung. „Das ist, wie Tischleder (Staatsgewalt und katholisches Gewissen" S. 71) mit Recht hervorhebt, folgerichtig, natürlich und darum gottgewollt. Die Zukunft gehört nach menschlichem Ermessen der Demokratie in irgendwelcher Form. Für uns Deutsche ist durch die Weimarer Verfassung die Republik festgelegt, und es gilt nun, unser Staatswesen mit echtem demokratischen Geiste auszustatten, es nicht dem Liberalismus zu überlassen, der neuerdings besonders in der Schulfrage die Grenzen der Staatsgewalt nicht mehr einhalten will. Dem Liberalismus gegenüber kann die der staatlichen Kompetenz entzogene autonome Sphäre des Eigenlebens, das auch in der Familie waltet, nicht scharf genug betont werden. Nur bei richtiger Wahrung der Grenzen staatlicher Gewalt bedeutet Demokratie einen Fortschritt. Mit Recht sagt der Amerikaner Nicolaus Murray Buttler in seinem Buche „Der Aufbau des amerikanischen Staates" (Berlin 1927): „Bedeutet Demokratie nichts weiter als eine Regierungsform, so ist sie schon ein trauriger und kostspieliger Fehlschlag; bedeutet sie hingegen ein soziales, wirtschaftliches und politisches System (und wir fügen hinzu, eine sittliche Idee), so ist sie sicherlich die einzige Hoffnung für die Menschheit."

Das Wesen der Freiheit muß sich, wie Bischof von Ketteler („Autorität, Freiheit und Kirche" S. 19 ff.) hervorhebt, „immer und auf allen Gebieten in der freien Selbstbestimmung aus inneren Gründen ohne äußeren Zwang" zeigen. Das bezieht sich auf alle menschlichen Lebensverhältnisse sowohl in der Familie wie im Staat. Die Stellung in der Familie und als Staatsbürger darf daher im Rahmen des Sittengesetzes nicht zu Gegensätzen führen.

Die Staatsgewalt findet ihre Grenzen da, wo die Gebiete der Weltanschauung und Religion beginnen. Die Beschränkungen staatlicher Omnipotenz ergeben sich aus den religiösen und weltanschaulichen Ueberzeugungen, deren Sitz und Pflege in der Familie liegt. Der Staat darf keinen Zwang auf sie ausüben, wenn er seiner Aufgabe gemäß das allgemeine Wohl wahren will. Darum kann auch der moderne Staat von sich aus den Charakter der Schule nicht bestimmen (ob sie Bekenntnisschule oder weltliche oder Simultanschule sein soll). Hier hat allein der Wille der Erziehungsberechtigten zu entscheiden. Es ist naturrechtlich in erster Linie eine Aufgabe der Eltern, die Kinder, denen sie das Leben gegeben haben, zu erziehen und zu unterrichten, zumal in der Familie sich alle die Faktoren vereinigen sollen, die für einen rechten Erfolg der Erziehung und des Unterrichts ausschlaggebend sind. Der umfangreichen Erziehungs- und Unterrichtsaufgabe kann jedoch die Familie allein nicht gerecht werden. Sie ist deshalb entsprechend der diesseitigen und jenseitigen Bestimmung des Kindes auf die Hilfe von Staat und Kirche angewiesen. Die sittlich-religiöse Unterweisung und damit die Aufsicht über den Religionsunterricht steht der Kirche zu, während im übrigen für die Vermittlung des Wissens, das zur Erreichung des persönlichen irdischen Wohles jedes Staatsbürgers und im Interesse der für die Gesellschaft gesteckten Ziele erforderlich ist, der Staat mit zu sorgen hat. Die Schule ist also eine Hilfsanstalt der Familie und hat sich jeder Gegenwirkung gegenüber der gewissensmäßigen weltanschaulichen Einwirkung der Eltern zu enthalten. In dieser Hinsicht haben die Eltern das Recht, sich jede Beeinflussung ihrer Kinder in einer ihren Wünschen widersprechenden Richtung zu verbitten. Da der Unterricht in seinen einzelnen Disziplinen von der Weltanschauung des Lehrers mannigfaltig bestimmt wird, muß den Eltern ein maßgeblicher Einfluß auf den Gesamtcharakter der Schule — ihres Lehrkörpers — eingeräumt werden. Der Staat überschreitet seine Zuständigkeit und verletzt das natürliche Recht der Eltern wie auch der Kinder, wenn er das Unterrichtsmonopol dahin für sich in Anspruch nimmt, daß er keine andere als die von ihm befohlene Unterrichtsweise zuläßt und hiermit die Gewissen der Eltern vergewaltigt und das Geistesleben der Kinder tyrannisiert, nach Möglichkeit schablonisiert. Mit Recht sagt Cathrein in seiner Moralphilosophie: „Es ist ein Irrtum, zu glauben, man könne beim Unterricht in den profanen Fächern die religiöse Ueberzeugungen der Kinder in gleicher Weise schonen. Wie kann ein protestantischer Lehrer — auch wenn er es aufrichtig wollte — in einer gemischten Schule die Geschichte der Kirche, z. B. des Papsttums oder der Reformation, so den katholischen Kindern vortragen, daß diese in ihrem Glauben nicht verletzt werden und auch keine unrichtigen Auffassungen erhalten?" So führt weiter ein Erlaß des Ministeriums Altenstein vom 7. April 1822 aus: „Die Erfahrung hat gelehrt, daß in Simultanschulen das Hauptelement der Erziehung, die Religion, nicht gehörig gepflegt wird, und es liegt in der Natur der Sache, daß dieses nicht geschehen kann. Die Absicht, durch solche Schulen größere Verträglichkeit unter den verschiedenen Glaubensgenossen zu fördern, wird auch selten oder niemals erreicht." Auch in den Motiven zum Volksschulgesetzentwurf 1892 heißt es: „Die Annahme, daß die gemeinsame Unterbringung und Erziehung der Kinder in der Schule den konfessionellen Frieden besonders nähre und stärke, hat sich nicht bewahrheitet." Der Liberalismus begünstigt die Simultanschule nur deshalb, weil er auf diese Weise den Einfluß der von ihm bekämpften katholischen Kirche schwächen will. Hiergegen muß vom Standpunkt der Geistesfreiheit scharf protestiert werden. Sind in einem Staate verschiedene Religionen anerkannt, so muß der Staat die Errichtung von Schulen den verschiedenen Bekenntnissen freigeben. Er hat nur die Verbreitung solcher Lehren zu verhindern, die die Grundlagen der Gesellschaft angreifen und den Frieden unter den Volksgenossen unmöglich machen. Deshalb war die im Keudellschen Entwurfe vorgesehene Lösung der Schulfrage im Prinzip richtig. Auch für die Schulfrage gelten die Worte von Hertlings (in „Recht, Staat und Gesellschaft" S. 101): „Die Rechtsform für das Nebeneinanderbestehen der religiös getrennten Bürger im Staate kann nur aus dem Gedanken der Freiheit heraus entworfen sein." Die Freiheit ist überhaupt, mit von Hertling (a. a. O. S. 100) gesprochen, „die einzige Waffe, durch welche die moderne Welt wieder für die Religion gewonnen werden kann."

Der Wahlsonntag in Polen.

Erfolge der Minderheiten.

÷ **Bromberg**, 4. März. Der Wahlsonntag verlief in Bromberg bis zum Nachmittag ruhig und ohne Zwischenfälle. Bis 3 Uhr nachmittags waren bereits 60 Prozent der Stimmen abgegeben, von denen etwa ein Viertel auf die Liste des Minderheitenblocks entfielen. Man rechnet damit, daß der Wahlkreis Bromberg den Deutschen ein bis zwei Mandate, den Regierungsparteien ein Mandat und den christlichen Demokraten und Piasten gleichfalls ein Mandat bringen wird.

◆ **Graudenz**, 4. März. Im polnischen Korridor sind, soweit bisher Nachrichten vorliegen, die heutigen Sejmwahlen im allgemeinen ruhig verlaufen. Zu Zwischenfällen kam es in Graudenz und Thorn. Besonders stark war in allen Ortschaften die Beteiligung der deutschen Wähler, die zum Teil bereits in der ersten Tageshälfte an der Urne erschienen waren. In Graudenz hatten um 3 Uhr nachmittags etwa 50 Prozent der Wählerschaft ihre Stimme abgegeben

◇ **Kattowitz**, 4. März. Der Wahlsonntag verlief bis in die späten Abendstunden verhältnismäßig ruhig. Die Wahlbeteiligung war bis zum Schluß sehr stark. Im Stadtkreis Kattowitz soll die Beteiligung bis 90 Prozent betragen. In den Abendstunden wurden vielfach in kleineren Orten die deutschen Stimmzettelverteiler von Aufständischen vom Wahllokal vertrieben, mehrfach sind auch deutsche Stimmzettelverteiler verprügelt worden.

◆ **Kattowitz**, 4. März. Bei den heutigen Wahlen in Ostoberschlesien war die Wahlbeteiligung besonders in den Vormittags- und Spätnachmittagsstunden außerordentlich stark. Größere Terrorakte gegen die Deutschen sind bis jetzt in Kattowitz noch nicht bekannt geworden. Die in letzter Stunde ergangene Anweisung des General-Wahlkommissars über die Nichtaufstellung von Wahlzellen ist restlos durchgeführt worden, so daß die Wähler gezwungen wurden, vor dem Wahltisch den Wahlzettel in den Wahlumschlag zu stecken. Die polnischen Kommissionsmitglieder und Vertrauensleute beobachteten dabei genau die Wähler. Vielfach wurden als Wahllokal nur kleine Zimmer benutzt, in denen naturgemäß die Beobachtungen der Wähler sehr gut durchgeführt werden konnten Viele Wähler sind wegen unbedeutender Unstimmigkeiten in der Schreibweise des Namens überhaupt nicht zur Wahl zugelassen worden, entgegen dem Protest der deutschen Vertrauensleute. In vielen Fällen handelte es sich dabei um Wähler, die jahrelang im Orte ansässig sind.

★

150 Minderheitenführer in den Ostgebieten verhaftet.

× **Warschau**, 4. März. Gestern und in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag kam es in Warschau und im Lande wieder zu Zwischenfällen und Zusammenstößen. In Lodz entstand eine Schlägerei zwischen Nationaldemokraten und Juden, wobei eine Anzahl Juden verletzt wurde. In Wilna kam es ebenfalls zwischen regierungsfreundlichen Juden und den Oppositionsparteien angehörenden Studenten zu Zusammenstößen, die erst durch polizeiliches Einschreiten beigelegt werden konnten. — Im Bezirk von Nowogrudek wurden 33 weißrussische Führer wegen angeblicher kommunistischer Propaganda verhaftet und ins Gefängnis überführt. Die Zahl der verhafteten Minderheitenführer erhöht sich damit allein in den Ostgebieten Polens auf etwa 150 Personen. Beschlagnahmt wurden einige Blätter in Lodz und Lemberg. In Posen wurde das „Posener Tageblatt" abermals, und zwar wegen eines Artikels „Die Wahlpropaganda für die Liste 18" (Minderheitenblock) verboten

Die Daumenschraube der Szent Gotthard-Affäre.

× **Paris**, 4. März. Sauerwein erwartet im „Matin", daß der Völkerbundsrat eine Untersuchungskommission, bestehend aus zivilen und militärischen Sachverständigen, in der Szent Gotthard-Affäre nach Ungarn entsenden werde. Wenn diese Untersuchung ernstlich geführt werde, so könnte der Rat in seiner Session im Juni in der Lage sein, zu entscheiden. Immer mehr greife die Auffassung durch, daß es nicht genüge, die Szent Gotthard-Affäre in Ordnung zu bringen, sondern daß ein Präzedenzfall für ähnliche Fälle geschaffen werden müsse. Wenn es sich zeigen sollte, daß der Völkerbund, ohne über genügende Rechtsmittel zu verfügen, in der Szent Gotthard-Affäre das Bestmögliche getan habe, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß eines Tages der französische Senat der Auffassung sein werde, daß sich Frankreich in der Sicherheitsfrage bis zu einem gewissen Grade auf die Genfer Investigation verlassen könne und sich daher gegenüber seinen früheren Feinden zu einer großmütigen Geste entscheide. Wenn aber die Völkerbundsaktion in der Szent Gotthard-Affäre keinen brauchbaren Präzedenzfall ergeben sollte, so würde kein Minister den Senat zu einer vollständigen Versöhnung und Konzessionspolitik bewegen können. Deutschland würde in diesem Falle wahrscheinlich den größeren Nachteil haben.

* * *

Die Absicht ist also unverkennbar, das deutsche Ratsmitglied in der Szent Gotthard-Angelegenheit in eine schwierige Lage zu bringen. Der Rat wird sich jedoch zunächst darüber entscheiden müssen, ob die Szent Gotthard-Affäre zu einem derartigen von Frankreich in bestimmter Absicht gewünschten Präzedenzfall gemacht werden soll oder nicht.

Kleine Nachrichten.

v. Glasenapp †.

◆ **Berlin**, 4. März. v. Glasenapp, der frühere Vizepräsident der Reichsbank, ist gestern abend 9 Uhr am Herzschlag gestorben.

Der Termin für die französischen Wahlen.

◆ **Paris**, 3. März. Der heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Doumergue abgehaltene Ministerrat hat beschlossen, die französischen Kammerwahlen endgültig auf den 22. April und die notwendig werdenden Stichwahlen auf den 29. April festzusetzen. Der Ministerrat hat außerdem das französisch-spanische Abkommen über das Tangerstatut gebilligt, dessen Unterzeichnung heute nachmittag erfolgt.

Beerdigung der Opfer von „Ewald Fortsetzung"

⊙ **Erkenschwick**, 4. März.

Wehende Trauerfahnen wehen weit ins Land hinein und geben Kunde davon, daß heute 12 brave Bergknappen die letzte Fahrt antreten. Menschenmassen, die die Straßen von der Unglücksstätte bis zum Friedhof einsäumen — es waren ungefähr 20 000 Menschen —, waren Zeugen des Abschlusses einer Begebenheit, die 12 Menschen aus dem vollen Schaffen heraus dem Schnitter Tod in die Arme warf. Vor der Zeche selbst hatten die Vereine Aufstellung genommen, während die Angehörigen und die nächsten Anverwandten, sowie die Vertreter der Behörden und des Amtes, u. a. Oberpräsident Grotowski, Regierungspräsident Amelunxen, Polizeipräsident Weißner, Landrat Dr Schenkel, Berghauptmann Overthun vom Oberbergamt Dortmund und Oberbergrat Spinn von der Zechenverwaltung Waltrop, wie auch Geistliche beider Konfessionen sich zu der Trauerfeier eingefunden hatten. In der Leichenhalle, die mit frischem Grün, Trauerflor, Schärpen usw. und Kränzen ausgeschmückt war, u. a. auch einer Kranzspende des früheren deutschen Kaisers und seiner Gemahlin, standen links und rechts die Fahnen. Unter den Klängen der Musikkapelle bewegte sich der Trauerzug nach der Leichenhalle des Friedhofs, wo Domkapitular Surmann folgendes ausführte:

„Bei der Priesterweihe, die gestern und heute im Dom zu Münster stattfand, hat man auch der verunglückten Bergleute und ihrer Angehörigen gedacht. Heute nehme ich im Namen des Bischofs an dieser Trauerfeier teil. In seinem Namen sage ich einen wehmutsvollen Gruß den lieben Verstorbenen." Auf den Unglückstag hinweisend, sprach er davon, daß die Bergleute ihr Lebenswerk vollendet haben, daß sie in einem plötzlichen Sterben das Golgathawort sprechen mußten: „Es ist vollbracht!" Nachdem er die Angehörigen auf Gottes Güte hingewiesen hatte, die die Traurigkeit doch noch in Freude kehren könnte, sprach er den Wunsch aus, daß Gott die Bergleute in die ewige Ruhe führen möchte.

Der Fall Langkopp vor dem Entschädigungsausschuß.

△ **Berlin**, 3. März. Im Reichstagsausschuß für die Entschädigungsgesetze wandten sich heute der Volksparteiler Dauch und der Deutschnationale Laverenz gegen einen „Vorwärts"-Artikel, der gegen das Reichsentschädigungsamt wie die Regierungsparteien des Reichstages schwere Vorwürfe erhebt. Der Ausschußvorsitzende Schirmer (Soz.) drückte sein Bedauern über das Attentat gegen Geheimrat Bach aus und kritisierte sodann die verhetzenden Flugblätter des Ringverbandes der Auslandsdeutschen. Der Finanzminister wurde gebeten, in der nächsten Ausschußsitzung einen Bericht über den Fall des Farmers Langkopp zu geben. Nach kurzer Aussprache erledigte der Ausschuß dann die Paragraphen 13—15 des Kriegsschädenschlußgesetzes in der Fassung der Regierungsvorlage.

Konsistorialrat Koch unterstrich diese Ausführungen und übermittelte das Beileid des Generalsuperintendenten. Seiner Rede legte er den Bibelspruch „Sei getreu bis in den Tod, so will ich Dir die Krone des Lebens geben" unter.

Oberpräsident Gronowski führte aus: „Die Zahl der Massengräber in der Provinz Westfalen hat in den letzten Jahren eine recht traurige Steigerung erfahren. Wir sind heimgesucht worden von erschütternden Unglücksfällen. Eisenbahn und Straßenbahn forderten bei Herne und Iserlohn große Opfer, und die Weser bei Veltheim vor drei Jahren 81 Reichswehrsoldaten, aber nirgends in Deutschland gehen die Fahnen so oft auf Halbmast wie im Bergbau. Der Einzeltod des Unfalls im Bergbau wird von der Oeffentlichkeit kaum beachtet, und doch kommen auf ihn etwa neun Zehntel aller tödlichen Grubenunfälle.

An den offenen Massengräbern wird für einige Minuten die öffentliche Meinung nachdenklich, und in mir lebt seit Jahrzehnten der heiße Wunsch, daß doch alle Mitmenschen Verständnis aufbringen möchten für die harte, gefahrvolle Arbeit des deutschen Bergmanns. Am offenen Massengrab ist auch der Wunsch immer wieder: Wäre dies doch das letzte Unglück! Wissenschaft und Technik haben auch im Bergbau erstaunliche Fortschritte zu verzeichnen, aber in Sekunden und Minuten wie am Tage des Unglücks erkennen wir Menschen unsere Ohnmacht. Alles zu tun, Unglücksfälle zu verhüten oder doch wenigstens zu mindern, ist der feste Wille der Staatsregierung, in deren Namen ich allen von diesem Unglück Betroffenen die herzliche Teilnahme ausspreche. In dieser Gesinnung drücke ich allen die Hände namens aller Behörden und der Provinz Westfalen."

Nachdem noch Betriebsratsmitglied Kaiser den Dank für die Anteilnahme den Behörden, der Geistlichkeit, den Nachbarzechen und der Bürgerschaft ausgesprochen hatte, wurden die einzelnen Särge zu den Grüften hingetragen und in die Erde eingesenkt. Damit fanden die Trauerfeierlichkeiten ihren Abschluß.

Verhaftungen wegen eines sensationellen Gemäldediebstahls.

Berlin, 4. März. Durch die gestern hier erfolgte Verhaftung eines bekannten Einbrechers ist ein weiterer Schritt zur Aufklärung eines sensationellen Gemäldediebstahls erfolgt, durch den am Sonntag, dem 19. Februar, aus der ehemaligen Kapelle des Schlosses Cadolsburg zwei Flügel eines mittelalterlichen Gemäldes geraubt wurden, die nach Sachverständigen-Schätzung einen Wert von mehreren hunderttausend Mark besitzen. Der Raub war um so auffallender, als der Wert der Gemälde erst kürzlich von einem Nürnberger Kunsthistoriker bei seinen Arbeiten auf der Cadolsburg entdeckt und erst im kleinen Kreise von Kunstkennern und Kunstvertretern bekannt geworden war. Der Diebstahl war mit großer Verwegenheit ausgeführt worden, befindet sich doch außer dem Amtsgericht auch eine Gendarmeriestation im Schlosse selbst. Am Sonntag wurde dann der 45jährige Kunsthändler Friedrich Wilhelm Lippmann in einem Hotel in der Nähe des Anhalter Bahnhofes festgenommen, da er sich verdächtig gemacht hatte. Obwohl er leugnete, wurde noch am selben Tage festgestellt, daß Lippmann die Bilder einem in einem Berliner Vorort ansässigen Bildhauer übergeben hat. Auf Grund der Berliner Feststellungen wurde in München ferner noch der 33 Jahre alte Kunsthändler August Meyer festgenommen. Die Nachricht von dieser Verhaftung veranlaßte dann Lippmann zu einem Geständnis. Nach seiner Darstellung hat Meyer, zu dem er in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis steht, 100 000 ℳ und ein Freund Meyers, ein 29 Jahre alter Arnim Schmidt, 10 000 ℳ von ihm erpreßt, sodaß sein Vorgehen aus Not erfolgt sei. Meyer und Schmidt, die von Lippmann über die Gemälde unterrichtet worden waren, teilten ihm vor 14 Tagen mit, daß sie den Diebstahl ausführen würden, während Lippmann den Verkauf übernehmen müsse, da sein Ruf in Kunstkreisen ihn vor Verdacht schützen werde. Für die Ausführung wurden zwei gewerbsmäßige Einbrecher, ein 37 Jahre alter Konfektions- und Geldschrankeinbrecher Ernst Graske und ein 28 Jahre alter Hermann Zahn, der aus der Gegend der Cadolsburg stammt, gedungen. Schmidt brachte die beiden Einbrecher in einem Mietsauto bis Hof und kehrte mit dem Zuge nach Berlin zurück, um sich ein Alibi zu sichern. Der Einbruch selbst, bei dem zwei hell erleuchtete Höfe passiert und vier Türen aufgebrochen werden mußten, wurde mit großer Geschwindigkeit binnen 8 Minuten durchgeführt, und mit der Beute im Auto in rasender Fahrt die Rückkehr nach Berlin angetreten. Nachdem, wie oben kurz berichtet, Zahn am Sonnabend in Berlin verhaftet worden ist, sucht man jetzt noch nach dem Einbrecher Graske, dem Chauffeur Günther und dem Organisator des Diebstahls, Schmidt.

Die Landung der Los Angeles.

× **Lakehurst**, 3. März. Vergangene Nacht wollte das Luftschiff „Los Angeles" hier landen. Infolge eines heftigen Schneesturmes mußten die Landungsmanöver abgebrochen werden. Als das Luftschiff plötzlich wieder aufstieg, wurden vier Matrosen mit emporgerissen, die sich an den Haltestangen längs der Kabine angeklammert hatten. Drei Stunden nach dem Wiederaufstieg landete das Luftschiff glücklich und wurde wohlbehalten in der Luftschiffhalle geborgen. Die vier Matrosen, die mit hochgerissen worden waren, waren durch die Kabinenfenster an Bord des Schiffes genommen worden.

Der Kommandant des Luftschiffes „Los Angeles", Rosendahl, gab Associated Preß zufolge über die Einzelheiten des Panamafluges und besonders über den Zwischenfall bei der Landung folgende Erklärung ab: Der 6400 Kilometer lange Panamaflug ist in jeder Weise als erfolgreiche Uebung zu bewerten. Nur zweimal hatten wir Gelegenheit, uns aufzuregen: zuerst bei dem Abflug, als Gegenwinde uns beim Verlassen der Halle Schwierigkeiten bereiteten, und jetzt bei der Landung im Schneesturm. Fünf Mann, die mit der übrigen Landmannschaft an den Tauen zogen, um das Luftschiff in die Halle hineinzubringen, überhörten, als die „Los Angeles" infolge des Sturmes plötzlich emporschoß, den Befehl „Relinglosslassen" und wurden mit hochgerissen. Einer sprang aus einer Höhe von etwa sieben Metern herab und verstauchte sich den Fuß. Die anderen blieben bis zu 60 Meter Höhe an den Relings hängen und wurden dann durch die Kabinenfenster an Bord heraufgezogen. Die Landung erfolgte dann ohne weiteren Zwischenfall.

Vermischte Nachrichten.

Fischerboote in Eis und Nebel verunglückt.

÷ **Riga**, 3. März. Südlich von Libau wurden aus dem Nebel, der das Meer bedeckte, Hilferufe vernommen. Schleppdampfer verließen sofort den Hafen und fanden nach einiger Zeit sechs Motor-Fischerboote, die zwischen Eisschollen eingeklemmt waren. Vier Boote werden noch vermißt. Man fürchtet, daß zehn Fischer umgekommen sind.

Schreckenstat eines Schmugglers.

:: **Warschau**, 3. März. In dem polnischen Städtchen Wielung kam die Polizei einem Mann auf die Spur, der sich mit dem Schmuggel von Aether und ähnlichen Drogen in großem Maßstabe befaßte. Als er sich entdeckt sah, zündete er sein Haus an, das in wenigen Minuten lichterloh in Flammen stand, während die geschmuggelten Vorräte unter gewaltigem Getöse explodierte. Drei Kinder des Brandstifters kamen in den Flammen um. Zehn weitere Personen erlitten schwere Brandwunden.

Kundgebung der Arbeiterzentrumswähler Westdeutschlands.

Stegerwald gibt die Wahlparole aus. – Die Forderungen der deutschen Arbeiterschaft. – Auseinandersetzung mit Wirth.

Duisburg, 5. März.

Die Arbeiterbeiräte der westfälischen und rheinischen Zentrumspartei hielten am gestrigen Sonntag in Duisburg eine Tagung ab, der, wie vorauszusehen war, eine ganz besondern Bedeutung beizumessen ist. Verschiedene Vorgänge der letzten Zeit innerhalb der Partei, die Auseinandersetzungen mit Dr. Wirth, Spannungen auf politischem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, die Nähe des Wahlkampfes, kulturelle Fragen u. a. mehr, drängten geradezu zu einer solchen gemeinsamen Kundgebung, deren Ergebnis die Bekräftigung und Besiegelung der geschlossenen Phalanx innerhalb der westdeutschen Arbeiterzentrumswähler sein sollte.

Die außerordentlich stark beschickte Veranstaltung, die im großen Saale des Arbeiterheims auf der Seitenstraße stattfand, hat wegweisenden und programmatischen Charakter. Dieser wurde ihr vor allem aufgedrückt durch die grundsätzliche, klar aufgebaute und umfassende Rede Stegerwalds, der sich mit ihr die uneingeschränkte Gefolgschaft der Arbeiterzentrumswähler sicherte und zugleich auch für die Gesamtpartei Weg und Richtung zeichnete. Der Grundton seiner Ausführungen, die durch den Beifall der Versammlung wiederholt kräftig unterstrichen wurden, ging in gerader, aufbauender Linie auf das Stichwort los, das zugleich den Schlußstein der Rede bildete: Ueber soziale Erneuerung zur nationalen Einheit! Diese Formel präsentierte Stegerwald, unter lebhafter, begeisterter Zustimmung, der christlichen Arbeiterschaft als Parole für die kommende Wahlschlacht.

Neben Darlegungen, die man von Stegerwald in anderer Form und in anderem Zusammenhange wohl schon gehört hat, z. B. über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des deutschen Volkes, über die Stellung zur Sozialdemokratie, über Klassenwesen, Demokratie u. dgl., Dinge, die nicht oft genug in aller Klarheit in die Köpfe hineingehämmert werden können, gewann sein Referat besondere Aktualität durch die Auseinandersetzung mit Dr. Wirth, die von einem Geiste hoher Verantwortlichkeit und strenger Sachlichkeit erfüllt war. Stegerwald wollte, wie er betonte, dieser Frage zuerst noch ausweichen, fühlte sich aber auf vielseitiges Drängen schließlich doch zu einer Stellungnahme für verpflichtet. Und das war gut so, denn er schlug damit durch den Nebel der mancherlei übertheoretischen und unerfreulichen Auseinandersetzungen, die sich an den „jüngsten Fall Wirth" anschlossen, klare Bahn. Breddemann-Essen hatte nachher in der Aussprache bei der Behandlung der Angelegenheit Wirth nicht die glückliche Hand wie Stegerwald. Dieser Redner, der u. a. von einem „unerhörten Angriff Wirths auf die Gewerkschaften" und von „Riesendummheiten Wirths" sprach, rief starken Widerspruch hervor und mußte sich von Stegerwald und Prälaten Dr. Müller immerhin eine deutliche Korrektur gefallen lassen.

Auch sonst verdient Stegerwalds-Referat in seinen Hauptpunkten ernsteste Beachtung und Erwägung, so z. B. in den scharf formulierten Kapiteln über den Charakter der christlichen Gewerkschaften, über die Entproletarisierung der Arbeiterschaft, das Wesen und die Aufgabe der Zentrumspartei, womit es seinen Gipfel erklomm. Giesberts bemerkte später bei der Würdigung des Lebenswerkes Stegerwalds, daß diese Rede die dauernde Grundlage zur Einigung der Zentrumswähler sein könne.

Nach dem Hauptvortrag Stegerwalds hielt Wohlfahrtsminister Hirtsiefer ein kurzes Korreferat, das die Widerstände schilderte, unter denen in Deutschland in früherer Zeit soziale Arbeit geleistet werden mußte und das die Erfolge würdigte, die erzielt worden sind. „Es ist", so sagte Hirtsiefer, „noch lange nicht genug geschehen, ein Zurück kann es niemals geben!" Mit einem kräftigen Appell zu mutiger und unerschrockener Wahlarbeit schloß er.

Nach einer viertelstündigen Mittagspause begann die Aussprache, die sich mehrere Stunden lang hinzog. Es ist nicht möglich, auf die Ausführungen aller Sprecher, die ausgiebig zu Worte kamen, einzugehen. Als erster Diskussionsredner widmete Reichspostminister a. D. Giesberts seinem Freunde und Mitkämpfer Stegerwald herzliche Worte der Anerkennung für seine unermüdliche und erfolggekrönte Lebensarbeit und streifte in knappen, aber eindrucksvollen Darlegungen die Verdienste des Zentrums und des Volksvereins. Der alte Kämpe warnte vor Pessimismus jetzt vor den Wahlen.

Breddemann-Essen, der Verfasser des bekannten „Offenen Briefes", beschäftigte sich recht forsch und fast ausschließlich mit Dr. Wirth, Prälat Dr Otto Müller zog eine Reihe praktischer Ergebnisse aus den Verhandlungen. Stegerwald sprach ein kurzes, packendes Schlußwort. Die gesamte Aussprache war durch eine bemerkenswerte Höhe und Zielstrebigkeit ausgezeichnet. Eine einstimmig angenommene Entschließung faßte die Auffassungen und Wünsche der Tagung zusammen.

An Reichskanzler Dr. Marx und Gewerkschaftsführer Wieber, die krank darniederliegen, wurden Telegramme geschickt, die ihnen die besten Wünsche übermitteln. Die so bedeutsame und ergebnisreiche Versammlung wurde in ihrer ersten Hälfte präsidiert vom Vorsitzenden des Arbeiterbeirates der rheinischen Zentrumspartei, Landesgeschäftsführer Kaiser-Köln, in ihrem zweiten Teil vom Vorsitzenden des Arbeiterbeirates der westfälische Zentrumspartei, Stadtrat Kartellsekretär Mengelkamp-Dortmund.

★

Der große Saal des Arbeiterheims auf der Seitenstraße war schon lange überfüllt, als der Vorsitzende des Arbeiterrates der rheinischen Zentrumspartei, Landesgeschäftsführer Kaiser-Köln die Tagung eröffnete. Er charakterisierte den Inhalt der Kundgebung mit dem Satz: Kampf der christlichen Arbeiterschaft um den sozialen Volksstaat und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Arbeiterzentrumswähler Rheinlands und Westfalens so außerordentlich stark vertreten waren. An Persönlichkeiten, die an verantwortungsvoller Stelle stehen, konnte er begrüßen Ministerpräsidenten a. D. Dr. Adam Stegerwald, den preußischen Wohlfahrtsminister Hirtsiefer, den Führer der katholischen Arbeitervereine Prälaten Dr. Müller, die Abgeordneten Imbusch, Giesberts, Kloft, sowie eine Anzahl sonstiger hervorragender Vertreter der Zentrumspartei aus Rheinland und Westfalen. Begrüßungs- und Entschuldigungsschreiben waren eingelaufen vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Grzesinski, vom Vorsitzenden der rheinischen Zentrumspartei Justizrat Moennig-Köln und vom Vorsitzenden der westfälischen Zentrumspartei Abg. Landesökonomierat Herold.

Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald

erhielt darauf sofort das Wort zu seiner großen programmatischen Rede:

Der Kampf der deutschen Arbeiterschaft um den sozialen Volksstaat.

Er führte u. a. aus:

Das alte Regime, das durch das Dreiklassenwahlrecht, durch Erschwerung des Vereins- und Versammlungsrechtes, durch die antisoziale Handhabung des Bildungswesens die Arbeiterschaft niedergehalten hat, hat durch den Krieg bewiesen, daß es nicht fähig war, Volks- und Staatenlenker großen Stiles zu sein. Daher ist die Arbeiterschaft außerordentlich mißtrauisch gegen alle offenen und versteckten Bestrebungen, die wieder auf die Vorkriegsverhältnisse hinsteuern möchten. Die deutsche Staats- und Privatwirtschaft ist noch gar nicht gefestigt und gesichert. Dabei beginnt erst mit dem 1. September 1928 der Dawes-Plan sich voll auszuwirken. Seither sind viel mehr Auslandsanleihen nach Deutschland geflossen, als wir an Reparationen an das Ausland gezahlt haben. Der seitherige Dawes-Plan brachte neben Nachteilen auch einen großen Vorteil, nämlich

die Sicherung der deutschen Währung.

Nach der Revision fällt uns diese Aufgabe selbst zu. Viele Menschen machen sich aber gar keine Vorstellung davon, was es heißt, jährlich 14 Milliarden Mark Steuern und Dawes-Lasten aufbringen und dabei noch eine passive Handelsbilanz von 4½ Milliarden Mark zu haben. Diejenigen aber, die ernsthaft für Staatsvereinfachung und Verbilligung eintreten, stoßen auf die größte Verständnislosigkeit. In den Jahren 1929/30, wenn der Kampf um die Revision des Dawes-Planes und um den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern einsetzt, dürften manchen die Augen geöffnet werden, die heute noch politisch blind in den Tag hineinleben. Weil

die Revision des Dawes-Planes

in absehbarer Zeit kommen muß, weil auch nach dieser Revision die deutsche Währungspolitik unter allen Umständen gesichert werden muß, weil in vielen Bauern- und Handwerkerfamilien die größte Not herrscht, weil Deutschland seit Jahren im Durchschnitt 1¼ bis 1¾ Millionen Arbeitslose hat und das Gros der deutschen Arbeiter der größten Unsicherheit in seiner Existenz ausgesetzt ist, haben sich die Arbeiterabgeordneten der Zentrumspartei mit allem Nachdruck gegen Art und Ausmaß der Beamtenbesoldungsreform gewandt.

Wenn

die Herren Spahn und Wirth,

die sich in neuerer Zeit stärker mit der christlichen Arbeiterbewegung beschäftigen, in solcher Stunde öffentlich erklärt hätten: Solange diese Zustände bestehen und solange die mit am schwersten arbeitenden Bergarbeiter nicht einmal ihren Friedensreallohn erreichen können, und solange die vor der höllischen Hitze arbeitenden deutschen Hüttenarbeiter noch mit der 12-Stundenschicht die längste Arbeitszeit in Europa aufzuweisen haben, und die deutsche Wirtschaft die 150 bis 200 Millionen Mark, die zur Aenderung der Dinge in diesen beiden Industrien notwendig wären, angeblich nicht aufzubringen vermag, können 1½ Milliarden Mark für die Erhöhung der Beamtengehälter und Pensionen usw. nicht ausgeworfen werden. Wenn das die Herren Spahn und Wirth im November oder Dezember des verflossenen Jahres in aller Oeffentlichkeit erklärt hätten, dann hätten sie sich damit mehr Vertrauen bei der christlichen Arbeiterschaft gesichert, als mit ihren gesellschafts- und staatsphilosophischen Deduktionen, mit denen sie nachträglich die christliche Arbeiterschaft und die Oeffentlichkeit in Verbindung mit der Frage der Beamtenbesoldung beglücken wollen. Mit diesen Vorgängen läßt sich auch die christliche Arbeiterschaft koalitionspolitisch nicht verwirren. Nicht ein rechtsgerichteter, sondern ein Zentrumsminister, der Mitglied des Reichsbanners ist, trägt neben dem Reichstag in erster Linie die Verantwortung für Art und Ausmaß und unsoziale Begleiterscheinungen der Beamtenbesoldungsreform.

Die Beamtenbesoldungsfrage

kann selbstverständlich nicht dauernd Mittelpunkt aller deutschen Politik bleiben. Spahn und Wirth, die die beiden äußersten Rechts- und Links-Exponenten unter den deutschen Katholiken des öffentlichen Lebens darstellen, beschäftigen sich schon seit langem mit dem Zentrumsproblem in Verbindung mit der deutschen Politik im ganzen. Beide wollen in der Zentrumspartei starke Zerfallserscheinungen sehen. Spahn möchte die Zentrumspartei zu einer großen rechten, Wirth umgekehrt zu einer dauernden Links-Gruppierung hinübergezogen wissen. Der eine sieht in den konservativ gerichteten Volkskräften das Allein-Mittel, der andere glaubt in der gegenwärtigen Staatsform, in der Republik, das Kernstück und den Mittelpunkt aller deutschen Politik sehen zu sollen. Beide wollen in neuerer Zeit übereinstimmend ein starkes Abgleiten der Zentrumsarbeiter nach links beobachtet haben. In Wahrheit sehen beide schief. Sie bleiben an Aeußerlichkeiten und teilweise an temporären Augenblickserscheinungen haften. Darüber bin ich mit beiden einig, daß sich

die Zentrumspartei gegenwärtig in einer großen historischen Stunde

befindet. Es ist richtig, daß von der Unruhe, die gegenwärtig durch die breitesten Schichten, insbesondere durch die Arbeiterschaft, geht, die Zentrumspartei stark betroffen ist. Das ist aber noch nichts Ungewöhnliches; das ist eigentlich etwas Selbstverständliches. Die Zentrumspartei ist die einzige Partei, die ähnlich zusammengesetzt ist wie das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Die Arbeiterschaft stellt in ihr die größte Gruppe, dann kommen die Landwirte und nach diesen der Mittelstand. Das sind jene Schichten, die gegenwärtig von der allgemeinen Not am stärksten betroffen sind. Dann ist die Zentrumspartei die einzige Partei, die seit der Staatsumwälzung ununterbrochen in der Regierungsverantwortung im Reich ausgehalten hat. Wenn die Zentrumspartei, ähnlich wie andere Parteien, zeitweise in der Opposition gestanden hätte, wären ihr manche Schwierigkeiten erspart geblieben.

Die Zentrumspartei muß heute auf einer unvergleichlich breiteren Front kämpfen, als zurzeit des Kulturkampfes. Damals konnte weiterhin ein freundliches Verhältnis der Katholiken zum neuen Staat nicht aufkommen. Heute heißt es, sich freudig in den Dienst des Staates stellen und den Staat so ausgestalten, daß alle Volksgenossen sich in ihm heimisch und wohl fühlen und in ihm auch die religiösen Kräfte sich frei entfalten und auswirken können. Im deutschen Katholizismus liegen ohne Zweifel starke gemeinschaftsbildende Kräfte, die in den letzten Jahrzehnten, wo Staat und Katholizismus sich fremd, wenn nicht feindlich gegenüberstanden, sich nicht auswirken konnten. Und nun stehen wir vor der Frage, ob diese Kräfte im gemeinsamen Zusammenwirken für Volk, Staat und öffentliches Leben etwas Großes schaffen können und sollen, oder ob sie

auf zwei politische Lager verteilt und damit zur Bedeutungslosigkeit für die Gestaltung des deutschen Volks- und Staatslebens herabgedrückt

werden sollen. Das ist die Frage, um die gegenwärtig gekämpft wird.

Die Hauptschwierigkeiten der Zentrumspartei

sehe ich gegenwärtig in dreierlei und zwar

erstens darin, daß ein großer Teil der Zentrumsangehörigen sich in die veränderte politische und soziologische Umwelt, im Vergleich zu früher, noch nicht hereinversetzt hat;

zweitens darin, daß mindestens 90 Prozent der Zentrumsangehörigen parteipolitisch neutralen Berufs- und Standesorganisationen angehören (Bauern-, Mittelstands-, Beamten-, Hausbesitzer-, Arbeiterorganisationen usw.), in denen meist rein materiell orientierte Standespolitik ohne jedwede ethische Grundeinstellung betrieben wird und zahllose Einzelfragen jede für sich beurteilt werden, anstatt, wie eine politische Partei es tun muß, das Leben eines Volkes aus dem Ganzen heraus zu sehen und es im ganzen pfleglich zu behandeln;

drittens darin, daß ein Teil der Zentrumspresse sich immer mehr zum Generalanzeiger-Typ entwickelt und dabei die universelle Herausstellung der Zentrumsidee vernachlässigt, anstatt, wie die sozialistische Presse es auf ihre Art tut, sich auch planmäßig auf Gesinnungspflege einzustellen.

Spahn

will von der westeuropäischen Demokratie nichts wissen und möchte, ähnlich wie in England, die Aristokratie verstärkt mit der Volks- und Staatsführung betraut wissen. Darüber könnte man im einzelnen reden. Aber wo ist denn die deutsche politische Aristokratie? Wo ist die deutsche Finanz-Aristokratie? Die Menschen, die bis 1918 in dem preußischen Dreiklassenwahlsystem der Weisheit höchsten Schluß sahen, kann man doch nicht als politische Aristokratie ansprechen. Und glaubt Spahn, die deutsche Geschichte in den letzten Jahrzehnten vor Ausbruch des Krieges als ungeschehen auslöschen zu können, als ob die Zeit, in der das alte Regime die katholischen Grenzgebiete des Ostens und Westens verwaltungsmäßig und teilweise auch kulturell glaubte als Kolonien behandeln zu sollen, nie bestanden hätte? Als ob es nie eine Zeit gegeben hätte, in der ein plumpes Herrenmenschentum in der Staatsführung, in der Verwaltung, im Heer, in der Wirtschaft, auf den Universitäten usw. seine Orgien gefeiert hat? Und was war es denn, was das Bürgertum letzten Endes ehedem gegen die Arbeiterschaft geeint hat? Nichts als seichter Mammonismus, der plumpe Begriff von Besitz gegenüber dem Nichtbesitz. Die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahrzehnten den Materialismus grundsätzlich gelehrt, das Bürgertum hat ihn in Wahrheit praktiziert. Und diese geistige Einstellung, die in den breitesten Schichten des deutschen Volkes auch heute noch nicht überwunden ist, ist die tiefste Ursache dafür, daß in den Parlamenten keine zielbewußte, organisch aufbauende, sittlich und religiös durchsäuerte Volkspolitik gemacht werden kann. Die Stunde kommt, wo diese gemacht werden muß. Bis dahin wird aber noch viel Erziehungsarbeit im deutschen Volke geleistet werden müssen. Erst muß man sich einmal geistig und politisch gegenseitig tolerieren lernen, bevor an diese Arbeit größeren Stiles mit Erfolg herangegangen werden kann.

Wirth

sieht in der Demokratie nicht dasselbe wie die Arbeiterzentrumswähler. Wirth steht stark unter dem Einfluß der französischen demokratischen Gedankenwelt. In Frankreich herrscht in der Tat nicht der Kastengeist wie in Deutschland. Das Verhältnis der Menschen zueinander ist dort besser als bei uns. Die bei uns gebräuchliche Vorstellung von Herren und Knechten hat die französische Revolution weit zurückgedrängt. Die soziale Lage der französischen Arbeiter dagegen ist, im ganzen gesehen, schlechter als die der deutschen Arbeiter. Im sozialdemokratischen Lager sind Partei und Gewerkschaften eins.

Die christlichen Arbeiter wollen keine neue Klassenpartei, sie wollen eine soziale Volkspartei.

Glaubt denn Wirth, daß bei solcher Sachlage die nichtsozialpolitischen Massenorganisationen sich von den politischen Parteien als Luft behandeln lassen? Die deutsche Demokratie muß schwieriger und kunstvoller gestaltet werden als die französische. Aber Mittel und Wege gibt es auch bei uns. Wirth meint sodann, die letzte Aktion der christlichen Arbeiter in Sachen der Beamtenbesoldung sei eine außerparlamentarische und daher unpolitisch gewesen. Das stimmt nicht. Wirth gehört praktisch keiner Fraktion an und weiß daher nicht, was im ganzen Reichstag spielt. Das Ziel der christlichen Arbeiter war, die Beamtenbesoldung im Hinblick auf die deutsche Gesamtlage in Etappen durchzuführen und

Der Krantz-Prozeß vor dem Landtag.

Eine Rede des Justizministers.

Der Landtag setzte heute die Justizdebatte fort, wobei der Abgeordnete Brückner (Soz.) den Justizminister, der am 5. März das erste Jahr seiner Amtswaltung zurückgelegt hat, Dank und Anerkennung seiner Partei aussprach. Er bezeichnete als notwendig, daß der Strafvollzug menschlicher gestaltet würde und verlangte, daß zu Schöffen- und Geschworenenämtern mehr als bisher Arbeiter herangezogen werden. Das Vertrauen zur Justiz sei trotz einer gewissen Besserung der Gerichtsbarkeit noch nicht wieder ganz hergestellt.

Abg. Lüdicke (Dntl.) bedauert, daß die Gesetzgebung heute allzusehr politisch eingestellt sei. Es würden Gesetze gemacht, die geradezu unvereinbar seien mit der Reichsverfassung. Zur

Rationalisierung der Gesetzgebung

müßte das Justizministerium frühzeitig zur Bearbeitung aller dem Landtag zu unterbreitenden Gesetzentwürfe zugezogen werden, wie es ein deutschnationaler Antrag verlange. Die Richter müßten besser besoldet werden. Bei der Vertrauenskrise handele es sich um nichts Neues. Bereits Abg. Lasker habe 1868 von einer solchen Krankheit gesprochen. Heute aber seien bei der politischen Zerrissenheit des Volkes die Verhältnisse viel schwieriger.

Das Wort nimmt hierauf Justizminister Dr. Schmidt. Er beschäftigt sich mit dem

Krantz-Prozeß.

Als Mensch und als Vater haben mich diese Dinge auf das tiefste erregt und selbstverständlich mit lebhaftem Bedauern erfüllt, wegen der Auswirkungen, die der Prozeß notwendigerweise haben mußte. Als Justizminister habe ich mich bemüht, mir ein möglichst klares Bild von den Ereignissen zu verschaffen, und es deswegen auch für erforderlich gehalten, mir kurze Zeit durch Mitanhören der Hauptverhandlung ein unmittelbares Bild zu verschaffen. Im übrigen habe ich alles getan, was mir als Minister zu tun erlaubt und möglich war. Ich habe insbesondere gleich nach der Kleinen Anfrage des Abg. Dr. Faßbender im Landtag und nach dem Antrage des Abg. Dr. Mumm im Reichstage

eine Pressekonferenz

in meinem eigenen Hause zusammengebeten, und es sind dazu eine ganze Reihe maßgeblicher Vertreter der Organisationen der Presse erschienen. Ich habe diese Herren dringlichst gebeten, all ihren Einfluß dahin einzusetzen, daß die Berichterstattung über den Krantz-Prozeß nicht in dieser Weise fortgeführt werde, wie sie z. T. bis dahin erfolgt war. Und ich glaube, einen praktischen Nutzen hatte diese Konferenz. Nein vom juristischen Standpunkte aus, und unter Weglassung der anderen Probleme, die der Krantz-Prozeß aufrollte, nämlich des pädagogischen, des weltanschaulichen, des soziologischen ist noch folgendes zu sagen: Man mag über die Einzelheiten des Verfahrens denken wie man will, man wird aber anerkennen müssen, daß der oberste Grundsatz für jedes Strafverfahren, also auch für diesen Mordprozeß, sein muß, das höchste Recht zu finden. Nach meiner Ansicht haben auch die beteiligten Justizbeamten, also insbesondere der Verhandlungsleiter und der Leiter der Staatsanwaltschaft sich diesen obersten Grundsatz immer vor Augen gehalten. Nach dem Ergebnis der ordnungsmäßig geführten Voruntersuchung war gegen Paul Krantz ein dringender Verdacht der Beteiligung an der Ermordung an Hans Stephan und ein dringender Verdacht der Verabredung zum Morde an Hilde Scheller gegeben. (Zuruf des Abg. Obuch (K.): Wie ist das möglich?) Daraus folgte, daß nach den herrschenden Prinzipien die Anklage erhoben werden mußte, die Anklage ist vor ihrer Zustellung und im Justizministerium nicht bekannt gegeben worden; sie brauchte uns auch nicht unbedingt bekannt gegeben zu werden. Aber inzwischen habe ich die Verfügung vom 12. Dezember 1927 herausgegeben, wonach das Justizministerium über alle die großen, bedeutsamen und Aufsehen erregenden Prozesse rechtzeitig unterrichtet werden muß. Die von einer Zeitung gebrachte Mitteilung, das Zustandekommen der Krantzanklage sei auf

das Eingreifen eines früheren hohen Justizbeamten

zurückzuführen, entbehrt jeder Grundlage. Nur sachliche Erwägungen der Staatsanwaltschaft haben zur Anklageerhebung geführt. Nun ist von vielen Seiten beanstandet worden, daß

die Oeffentlichkeit im Krantz-Prozeß nicht ganz oder wenigstens teilweise ausgeschlossen

worden ist. Dazu ist zu sagen: Bereits durch eine allgemeine Verfügung des Justizministeriums sind die Staatsanwaltschaften ersucht worden, in strafgerichtlichen Verfahren der Frage, ob Grund zu einem Ausschluß der Oeffentlichkeit vorliegt, ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Beim Krantz-Prozeß hätte die Staatsanwaltschaft ohne Schaden für das Verfahren auf den Ausschluß der Oeffentlichkeit, wenigstens für Teile der Verhandlungen hinwirken sollen. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte). Besonders heftige Angriffe sind erfolgt, weil

die jugendlichen Zeuginnen Scheller und Natti

vereidigt worden sind. Das Gericht, dem auch sechs Laienrichter angehörten, hat sich jedoch zur Vereidigung der Zeuginnen gerade im Interesse des Angeklagten entschlossen, weil es befürchtete, daß andernfalls die jugendlichen Zeuginnen vielleicht nicht vorsichtig genug aussagen würden. Da es sich hierbei um eine gerichtliche Entscheidung handelt, muß ich mich einer Stellungnahme hierzu enthalten. Andererseits muß ich sagen, daß ich grundsätzlich der Ansicht bin, daß in Strafverfahren

unbedingt der Racheid den Vorzug vor dem Voreid verdient.

Eine Verhandlung vor dem Jugendgericht konnte nicht stattfinden, weil Krantz zur Zeit der Tat bereits 18 Jahre alt war; es schweben aber Erwägungen darüber, ob nicht die Möglichkeit geschaffen werden kann, auch Angeklagte, die noch nicht 21 Jahre alt sind, durch das Jugendgericht aburteilen zu lassen. Gegenüber den

Vorwürfen gegen den Verhandlungsleiter

muß ich erklären, daß bei ihm gewisse Umständlichkeiten zu Tage getreten sein mögen, die ihm aber zu Unrecht als Taktlosigkeiten ausgelegt worden sind. Nur seine charakterliche Gewissenhaftigkeit hat ihn veranlaßt, diese genaue Art der Fragestellung zu wählen. Es kommt auch tatsächlich nicht auf die gute Aufmachung und blendende Verhandlungsführung an, sondern nur auf den guten und gerechten Richter, und ich habe erst vor kurzem eine Verfügung herausgegeben, daß nur die besten und zuverlässigsten Richter ausgewählt werden sollen.

Zu der Hinrichtung Böttchers

erklärte der Minister, daß er wirklich nicht danach lechze, Todesurteile vollstrecken zu lassen, aber im Falle Böttcher war im Interesse der Staatsautorität alles Notwendige zu tun, um zu verhindern, daß ein Aufschub der vom Kabinett beschlossenen Hinrichtung vermieden würde. Unsere Maßnahmen sind auch nachträglich vom Rechtsausschuß des Landtages gebilligt worden und selbst der Verteidiger muß zugeben, daß ein Wiederaufnahmegrund nicht vorlag. Es ist gesprochen worden von der

Besetzung der Senate bei den Oberlandesgerichten mit 5 Richtern.

Diese Angelegenheit ist im Kabinett nunmehr geklärt und wird in allerkürzester Zeit der Reichsregierung unterbreitet werden. Nach einer Besprechung mit den Präsidenten der Strafvollzugsämter soll dem Charakter der Untersuchungsgefangenen durch besondere Einrichtung der Zellen, besondere Kleidung und besondere Verpflegung Rechnung getragen werden. Ich habe es an Richterschutz nicht fehlen lassen. In zahlreichen Fällen ist im Einvernehmen mit dem Justizministerium von den Provinzialbehörden Strafantrag wegen Beleidigung von Justizbeamten gestellt worden. Ich muß aber, bevor ich einen Strafantrag stelle, nicht nur den Einzelfall berücksichtigen, sondern muß die Wirkung bedenken, für die ganzen Interessen des Staates und der Beamtenschaft. (Beifall.)

Abg. Dr. Craner (Ztr.) dankt dem Minister für seine bisherige Tätigkeit. Er bedauert ferner, daß gerade beim Justizhaushalt allzusehr gespart werde. Das gelte besonders für die Besoldungsverhältnisse. Die wirtschaftliche Lage der Richter habe sich gegen früher außerordentlich verschlechtert. Politische Gesichtspunkte dürften bei den Entscheidungen keine Rolle spielen.

Bei den Vorwürfen über Klassenjustiz

werde allzu sehr verallgemeinert. Die Studierenden sollten auf die Ueberfüllung des juristischen Faches hingewiesen werden.

Abg. Dr. Grzimek (Dem.) nimmt die Linkspresse, insbesondere die „Vossische Zeitung" gegen die Angriffe wegen ihrer Berichterstattung in Schutz und stellt dem die großen Ueberschriften der Scherlschen „Nachtausgabe" entgegen.

Justizminister Dr. Schmidt erwidert auf einige Anfragen, gegen eine

allgemeine Warnung hinsichtlich des Rechtsstudiums

habe er Bedenken. Die Vereinigung der Grundbücher sei geplant. Die Dauer größerer Prozesse, wie z. B. des Barmat-Prozesses, abzukürzen, habe die Justizverwaltung nach Kräften versucht. Er bedauere das Fehlen der Anwälte in den Parlamenten, wo überhaupt die Juristen zu sehr fehlten.

Abg. Dr. Eismann (Z.) tritt für Erleichterung im Strafvollzug ein. Namentlich sollten die Beziehungen des Verurteilten mit der Familie durch Bestattung von Besuchen und Briefen aufrechterhalten werden. Wer keine berufsmäßige Arbeit gelernt habe, müsse einen Beruf in der Strafanstalt erlernen. Auch die Religion müsse dem Gefangenen nähergebracht werden. Die Aussicht auf Begnadigung sei ein sehr wirksames Erziehungsmittel.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Für die Einzelberatung liegen Wortmeldungen nicht vor. Die Abstimmungen finden später statt. — In zweiter und dritter Beratung verabschiedet das Haus noch endgültig den Gesetzentwurf, der die israelitische Religionsgesellschaft in Frankfurt a. M. zur Körperschaft des öffentlichen Rechts macht. Gegen 17 Uhr vertagt sich der Landtag auf Montag 12 Uhr: Berg-Etat und Lotterievertrag.

mit ihr eine größere Staatsvereinfachungs- und Verbilligungsaktion zu verbinden. Ueber dieses Ziel ist in allen Koalitionsparteien lange verhandelt, und es wäre auch praktisch erreicht worden, wenn Preußen mitgemacht und nicht die preußische Sozialdemokratie aus agitatorischen Gründen den wilden Mann gespielt hätte. Dem

Wirth'schen Parlamentarismus

freilich, nach dem jeder einzelne Abgeordnete im Plenum des Reichstages tun und lassen kann, was er will, kann ich nicht viel Geschmack abgewinnen. Allgemein gehandhabt, führt das in Deutschland praktisch zu einer parlamentarischen „Judenschule", nicht aber zu einem geordneten Parlamentsbetrieb. Die Wirth'sche Kritik an der Führung der christlichen Gewerkschaften läuft praktisch darauf hinaus, aus den christlichen Gewerkschaften zentrumspolitische Organisationen im Sinne der Weimarer Koalition zu machen. Die christlichen Gewerkschaften sind in erster Linie geschaffen worden als berufs- und standespolitische Selbsthilfeorganisationen, und dieser ihr Hauptcharakter wird auch in der Zukunft nicht verwischt. Wir sehen nicht, wie Wirth, in Parlament und Partei das einzige Allheilmittel für alle Volksströmungen und Volksnöte. Wir arbeiten in den Parteien und im Parlament mit, wollen aber nach den Wirren des letzten Jahrzehnts

wieder viel stärker den Selbsthilfegedanken herausstellen

und in die Köpfe unserer Mitglieder hineinhämmern. Die berufs- und standespolitische Selbsthilfe ist für den Aufstiegskampf der Arbeiterschaft von derselben Bedeutung wie die parlamentarische Beeinflussung des Staates und seiner Führung. Wir wollen neben drei Gewerkschaftsrichtungen (der sozialistischen, Hirsch-Dunckerschen und der christlichen) nicht noch einer vierte Richtung, eine nationalistisch gelbliche, wie sie von vielen reaktionären Kreisen erstrebt wird, und worauf in der Konsequenz auch das Wirth'sche Verhalten zum Schaden der katholischen Arbeiter hinausläuft, die überwiegend bei Nicht-Zentrumsarbeitgebern ihr Brot verdienen müssen. Keine politische Partei hat neben den sozialistischen Gruppen so wenig Arbeitgeber aus der Großwirtschaft in ihren Reihen wie die Zentrumspartei.

Die christlichen Gewerkschaften sind neben den konfessionellen Arbeitervereinen stark gewillt, nach den Wirren der letzten Jahre das Wesentliche wieder viel klarer herauszustellen und zu vertiefen. Wenn in den letzten Wochen der alte soziale Charakter der Zentrumspartei arbeiterseitig so stark unterstrichen worden ist, so deshalb, weil man durch die Vorgänge der letzten Monate im Hinblick auf die Gesamtlage des deutschen Volkes die soziale Gerechtigkeit als verletzt fühlte. Wenn heute der Deutsche Gewerkschaftsbund, die katholischen und evangelischen Arbeitervereine, die diesen Organisationen nahestehenden Konsumgenossenschaften sich zusammenfinden, sich einen entsprechenden Presseapparat schaffen, dann

können sie bestimmt noch zwei Wahlen eine Partei mit 50 bis 70 Mandaten auf die Beine stellen.

Intellektuelle und Beamte würden sich dieser Partei sehr viel zahlreicher als der Zentrumspartei anschließen. Das ist aber nicht das Entscheidende. Die Arbeiterzentrumswähler wollen viel mehr, als mit einer bloßen Parteigründung möglich ist, sie wollen eine Entproletarisierung der Arbeiterschaft herbeigeführt wissen. Und dafür gibt es nach ihrer Meinung in der Hauptsache zwei Wege: a) die Steigerung des Reallohnes, b) die politische und wirtschaftliche Demokratie sowie die soziale Ausgestaltung des Bildungswesens.

Für die Durchführung unserer Bestrebungen in Reich, Staat und Gmeinden müssen wir uns der Parteien bedienen. Dabei stoßen wir auf drei Möglichkeiten: Zunächst auf

die Verbindung der christlichen Arbeiter mit den Sozialisten.

Diese haben die christlichen Arbeiter auf ihrem letzten Kieler Parteitag sehr in ihr Herz geschlossen. Politische Parteien haben nur einen Sinn, wenn ihre Anhänger in den tiefsten Fragen des Lebens und der Menschheit miteinander übereinstimmen. Zwischen christlicher Arbeiterschaft und Sozialdemokratie ist diese Uebereinstimmung nicht gegeben. In Fragen „Woher und Wohin des Menschen", in Ehe, Kind, Familie, in der ersten Frage des Katechismus „Wozu sind wir auf Erden!", besteht zwischen sozialistischer und christlicher Weltauffassung ein unverrückbarer Gegensatz. Daran wird garnichts geändert dadurch, daß die sozialdemokratische Agitation vor den Wahlen ihre letzten Ziele verschleiert. Was kann die Sozialdemokratie den christusgläubigen Arbeitern seelisch bieten? Nichts! Mit materiellen Fragen allein sind auf die Dauer insbesondere beim deutschen Volkscharakter nicht einmal aktive Massenberufsorganisationen, viel weniger aber große politische Parteien zusammenzuhalten. Die Sozialdemokratie ist dauernd nur möglich als Weltanschauungspartei. Weltanschauungsparteien aber können an den ersten und letzten Lebensfragen der Menschen nicht neutral vorbeigehen.

Die Sozialdemokratie ist heute schon in vier Gruppen gespalten:

in Sozialisten, Kommunisten, Altsozialisten und Nationalisten. Sie ist bei guter Haltung der Zentrumspartei noch weiterhin verwundbar. Auch viele hunderttausend Sozialdemokraten sehen in der sozialistischen Politik nicht der Weisheit höchsten Schluß In den letzten neun Jahren stand die Sozialdemokratie 6 Jahre außerhalb der Regierungskoalition, um sich in der Agitation sonnen zu können. Wenn die Zentrumspartei die gleiche Politik gemacht hätte, dann wäre ja von den sogenannten Errungenschaften der Revolution praktisch nichts mehr da. Die Sozialdemokratie hat seit der Staatsumwälzung meist außerhalb der Regierung für die Republik gekämpft, anstatt innerhalb einer Koalition sich für die soziale Ausgestaltung der Republik einzusetzen. So ist der Zentrumspartei die Rolle zugefallen, den neuen Staat in den denkbar unruhigsten Zeiten über alle Klippen hinüber zu retten. Sie mußte praktisch die Aufgabe durchführen, die historisch der Sozialdemokratie zugefallen war und wozu diese die Kraft nicht aufzubringen vermocht hat Die Sozialdemokratie hat stets die Partei, nicht aber den Staat gesehen In meiner ersten Rede als preußischer Ministerpräsident begründete ich die Große Koalition. Deswegen wurde ich von der Sozialdemokratie als „Stinnesknecht" beschimpft. 1924 wurde im Reichstag der Dawes-Plan angenommen. Damals sagten mir zahlreiche preußische Abgeordnete: Die Sache ist genau so gekommen, wie Sie vor 3½ Jahren im Preußischen Landtag vorausgesagt! Ohne diese Politik hätten wir keine 10 Milliarden Mark Auslandsdarlehen bekommen und ohne diese hätte Deutschland seit 1924 ständig 4 bis 4½ Millionen Arbeitslose gehabt, Menschen, die Hunger haben, kann man nicht dadurch für den Staat gewinnen, daß man sich an jeder Straßenecke hinstellt und ausruft: Ich bin Republikaner! — Auch

in der Schulfrage

kämpfte die Sozialdemokratie Seite an Seite mit den Parteien (Demokraten und Deutsche Volkspartei), in deren Denkweise Intellektualismus, Individualismus und Kapitalismus Trumpf ist, in falscher Front. Ich kann mir nicht vorstellen, wie sie mit diesen Parteien glaubt, ein Schulgesetz schaffen zu können, das dem geistig gespaltenen deutschen Volk den Schulfrieden und die soziale Ausgestaltung des Schulwesens bringen soll. Schließlich: was hat die Sozialdemokratie Großes und Epochemachendes dort geschaffen, wo sie seit der Staatsumwälzung fast ständig in der Regierung war: in Preußen, Sachsen, Hamburg, Hessen, Baden? Sie hat genau so mit Wasser kochen müssen, wie alle anderen nichtsozialistischen Parteien es tun mußten. Die zweite Möglichkeit zur Wahrnehmung der Interessen der christlichen Arbeiterschaft in den öffentlichen Körperschaften ist

die Bildung einer christlich-demokratischen Partei

mit einem ähnlichen Ideengehalt wie seinerzeit in Essen entwickelt. Möglich ist eine solche Partei auch heute noch, wenn auch nicht mehr unter gleich günstigen Voraussetzungen, wie unmittelbar nach der Staatsumwälzung, vevor der Dawes-Plan und die festgelegte Verschuldung Deutschlands an die übrige Welt bestanden hat. Nach einigen Wahlen würde eine christlich-demokratische Partei bestimmt zu den stärksten Gruppen des Reichstags gehören. Darüber muß man sich freilich klar sein, daß eine solche Partei sehr viel mehr als unmittelbar nach der Revolution überwiegend eine Arbeitnehmerpartei werden würde. Und reine Arbeitnehmerparteien vermögen bei der derzeitigen weltpolitischen Lage Deutschlands, das an die hochkapitalistischen Staaten der übrigen Welt stark verschuldet ist, Gesetze, nicht aber Politik zu machen. Man gebe sich keiner Täuschung hin: selbst wenn die Sozialdemokratie alsbald mehr als die Hälfte sämtlicher Mandate im Reichstag erringen würde, würde sie bestimmt nicht allein regieren, weil sie das bei der eigenartigen Lage Deutschlands und bei der hochkapitalistisch orientierten Umwelt Deutschlands einfach nicht kann. Ein nur von Arbeitern geleitetes Deutschland ist im Hinblick auf dessen Gesamtlage nach dem Kriege in den nächsten Jahren eine Unmöglichkeit. Auch im Inneren würden wir nie ein Volk — was für die Menschen, die die Mitte Europas bewohnen, das Entscheidende für den Wiederaufstieg ist —, wenn die christliche Arbeiterschaft sich politisch ebenso abkapseln würde, wie das die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten getan hat.

Wenn wir uns christlich-nationale Arbeitnehmerbewegung nennen, so bringen wir damit zum Ausdruck, daß wir uns nicht nur als Klasse, sondern als Bestandteil des großen deutschen christlichen Kulturkreises und des Gesamtvolkes fühlen. In solcher Einstellung kann die Frage garnicht lauten: wollen wir zur Sozialdemokratie oder wollen wir eine besondere christliche Arbeiterpartei schaffen? sondern nur:

wie kommen wir zu einer Partei, die uns als Christen, als Arbeitern und als warmempfindenden Deutschen in gleicher Weise gerecht wird?

Ich glaube heute mehr daran, als nach der Revolution, daß dieses Parteigebilde aus der Zentrumspartei gemacht werden kann. Nach der Revolution stand ich dieser Frage nach meinen Beobachtungen und Erfahrungen im Gewerkschaftsstreit und im Kampfe um das preußische Dreiklassenwahlrecht sehr viel skeptischer gegenüber als heute. Kein Mensch weiß besser als ich, daß in der Zentrumspartei vieles noch nicht so ist, wie es sein sollte — und sein könnte. In den letzten Jahren sind mancherlei Fehler gemacht worden. Der letzte große Fehler des Herrn Reichsfinanzministers war die Art, wie die Beamtenbesoldungsvorlage vorbereitet, angekündigt und durchgeführt worden ist. Die Reichstagsfraktion konnte, vor fertige Tatsachen gestellt, in dieser Frage im ganzen nicht sehr viel anders handeln, als geschehen. Aber all diese Dinge darf man auch nicht überspitz ansehen. In Wahrheit hat die Zentrumspartei seit der Staatsumwälzung die wenigsten größeren Fehler gemacht von allen großen Parteien.

Solange die Mittel für die Umgestaltung einer Partei nicht erschöpft sind, ist es verfehlt, ständig im Lande mit Neugründungen zu spielen. Und die Mittel, innerhalb der Zentrumspartei sich den Platz der Arbeiterschaft zu sichern, sind fast nirgends erschöpft. Die Vertrauensleute der Zentrumspartei, insoweit sie der Arbeiterschaft angehören, sind noch nicht einheitlich und straff zusammengefaßt. In Notfällen gibt es noch die Möglichkeit,

bei Wahlen mit Sonderlisten

vorzugehen und eigene Zeitungen zu gründen oder solche anzukaufen und sie umzugestalten. Wir haben uns durchgesetzt gegenüber den Scharfmachern, wir haben uns Achtung erzwungen gegenüber der Sozialdemokratie, wir setzen uns auch durch in der Zentrumspartei. Mit Räsonnieren allein kommt man freilich nicht zum Ziel, mit bloßem Räsonnieren aber kann man auch neue Parteien nicht aufbauen.

Die Sozialdemokratie rechnet auf einen großen Wahlsieg. Sie wird, wenn er kommen sollte, an ihm keine reine Freude erleben. Sie wird in den nächsten Jahren damit vor ihre eigene Schicksalsfrage gestellt. Jetzt gilt Mundspitzen nicht mehr, jetzt muß gepfiffen werden! Höher als die Staatsform und das Regierungssystem steht die gesicherte Lebensmöglichkeit eines Volkes. Entweder die Demokratie beweist, daß sie dafür die Kraft aufbringt oder aber, sie wird gewogen und für zu leicht befunden werden. Die christliche Arbeiterschaft ist willens, an dem organischen Staats- und Wirtschaftsaufbau nachdrücklichst mitzuhelfen. Ueber das Tempo kann man mit sich reden lassen, wenn auf breiter Front der feste Wille für das Ziel vorhanden ist. Als christliche Arbeiterschaft haben wir den Wahlkampf zu führen unter der Parole:

Ueber soziale Erneuerung zur nationalen Einheit!

Nach Stegerwald sprach, wie oben schon erwähnt, Wohlfahrtsminister Hirtsiefer. Nach einer kurzen Mittagspause setzte die Aussprache ein. Von den Diskussionsrednern müssen besonders Reichspostminister a. D. Giesberts und Prälat Dr. Müller sowie Bredde-mann-Essen, der einen scharfen Vorstoß gegen Dr. Wirth unternahm, erwähnt werden. Stegerwald hatte das Schlußwort, in dem er noch einmal klärend und korrigierend auf den Fall Wirth einging. Wir werden über diesen Teil der Versammlung noch eingehend berichten.

Die Entschließung,

die darauf einstimmig angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die heutige von Vertretern aus ganz Rheinland und Westfalen besuchte Kundgebung der Arbeiterwähler der Zentrumspartei gibt ihren Willen dahin zum Ausdruck:

Die Versammlung bekennt sich aus nationalen wie aus sozialen Gründen mit allem Nachdruck zum deutschen Volksstaat. Diesen Volksstaat sieht sie indes keineswegs in den äußeren Verfassungsformen erfüllt. Die Verkündigung von politischer Rechtsgleichheit bedeutet noch keine tatsächliche Gleichberechtigung, Gleichachtung und Gleichwertung aller Volksklassen im Staate. Soziale Redensarten sind noch keine Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit. Nur deren praktische Durchführung im gesamten staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben wird dem heutigen Volksstaat Dauer und Zukunft verleihen können.

Die Arbeiterzentrumswähler stehen unter dem Eindruck, daß die soziale Entwickelung Rückschläge erlitten hat. Sie sind nicht gewillt, diesen Zustand hinzunehmen. Sie werden ihre ganze organisatorische und politische Kraft dagegen einsetzen. Die materielle, geistige und gesellschaftliche Hebung der Arbeiterschaft, die Mehrung ihres Einflusses im öffentlichen Leben, muß im deutschen Volk ebenso selbstverständlich betrachtet und hingenommen werden, die gleiche Anerkennung und Unterstützung finden, wie die der andern Stände.

Die anwesenden Vertreter der Arbeiterzentrumswählerschaft geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß die deutsche Zentrumspartei als eine christliche und soziale Volkspartei in erster Linie berufen ist, den sozialen und kulturellen Ausbau unseres neuen Volksstaates durchzuführen. Sie darf sich von widerstrebenden Kräften in ihren eigenen Reihen in keinem Falle in ihrem Wirken stören oder hemmen lassen. Die Versammelten sind gewillt, auch fürderhin entschieden und kraftvoll mit einer Zentrumspartei, die ihre Bindung im deutschen Volke begriffen hat und ihre gesamten Mittel dafür einsetzt, gemeinsam an der Lösung der großen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu arbeiten.

Als nächstliegende praktische Forderungen und als Richtschnur ihres Handelns stellt die Versammlung heraus:

1. Stärkere Berücksichtigung der Arbeitervertreter in allen Instanzen der Partei und der Parlamente.
2. Weitergehende Berücksichtigung praktisch bewährter Vertreter der Arbeiterschaft in den Organen der öffentlichen Verwaltung.
3. Bessere Ausgestaltung der Zentrumspresse im Sinne einer grundsatzklaren Haltung und politischen Wegweisung.

Die Versammlung spricht den Vertretern der christlichen Arbeiterschaft in den Zentrumsfraktionen der Parlamente, insbesondere den Kollegen Stegerwald und Imbusch, für ihre zielklare Haltung ihren besonderen Dank und ihre Anerkennung aus."

Aus Westdeutschland.

Osnabrück, 4. März. **Zusammenstöße mit der Straßenbahn. — Ein Toter.** Am Freitag stieß auf der Bierstraße ein Wagen der Straßenbahn mit einem Gespann zusammen. Dabei wurde der Gespannführer Ohntrup auf die Straße geschleudert und so schwer verletzt, daß er noch am selben Tage im Krankenhause starb. — Bei einem Zusammenstoß zwischen der Straßenbahn und einem Lastkraftwagen auf dem Republikplatz wurde der Straßenbahnwagen aus dem Gleise gehoben und eine Strecke weit auf den freien Platz geschleudert. Mehrere Fahrgäste erlitten durch Glassplitter leichte Verletzungen.

× **Meppen**, 4. März. **Großfeuer in einem Dorf.** In dem erst 1926 nach einem Brand errichteten Wohnhause des Hofbesitzers Wilhelm Bahlmann brach in dem Scheunenteil Feuer aus, das diesen Gebäudeteil völlig in Asche legte. Wegen der Nachtzeit war Hilfe nicht schnell genug zur Stelle, sodaß man fünf Kühe, ein Pferd, etwa 10 Schweine und den gesamten Federviehbestand den Flammen überlassen mußte. Nur zwei Rinder, die sich selbst befreiten, entkamen den Flammen. Durch den starken, die Flammen vom Wohnhause fernhaltenden Wind wurde dieses gerettet. Funken setzten jedoch ein benachbartes Haus in Brand, das gleichfalls niederbrannte.

Nordhorn, 4. März. **Von einem Lastkraftwagen überfahren und getötet.** Auf der Hauptstraße wurde der Weber Schoink von einem Lastkraftwagen der Firma Hölscher aus Münster erfaßt und gegen den Bordstein geschleudert. Sch. wurde infolge einer unglücklichen Stellung seines Rades zurückgeschleudert und kam jetzt unter die Räder des Anhängers, die ihm über den Leib gingen. Er starb an den schweren inneren Verletzungen wenige Stunden später im Krankenhause.

.=: **Detmold**, 3. März. **Ausstellung für das Gastwirtsgewerbe.** Der Lippische Wirteverband E. V., Sitz Detmold, Mitglied des Deutschen Gastwirte-Verbandes, veranstaltet in Verbindung mit seinem diesjährigen Landesverbandstag vom 2. bis 10. Juni 1928 in Detmold eine Ausstellung für das Gastwirtsgewerbe und verwandte Betriebe. Als Aussteller sind Lieferanten von Waren, Einrichtungen, Apparaten und sonstigen Gebrauchsgegenständen, die das Hotel- und Gastwirtsgewerbe und verwandte Betriebe betreffen, zugelassen. Das Protektorat hat der Oberbürgermeister der Stadt Detmold übernommen. Die Ausstellungsleitung, Detmold, Paulinenstraße 20, erteilt Interessenten nähere Auskunft.

÷ **Detmold**, 4. März **33 Monate Festung für unerlaubte Mensuren.** Vor dem hiesigen Großen Schöffengericht hatten sich 15 Technikumschüler aus Lage und Lemgo zu verantworten. Bei den Angeklagten handelte es sich um ganz junge Schüler, die sich für die Ausführung ihres „schlagfertigen" Berufs bei einem Gastwirt in Eisbergen zu „Uebungszwecken" einen Saal gemietet hatten und die Dummheit begingen, sich auf einer photographischen Platte verewigen zu lassen, nachdem sie sich nach allen Regeln gegenseitig die Köpfe blutig geschlagen hatten. Die Aufnahme geriet in die Hände der Polizei. In der Verhandlung verweigerte der größte Teil der Angeklagten die Aussage. 11 Angeklagte erhielten je drei Monate Festungshaft.

Bielefeld, 4 März. **Von einer Kurbelstange erfaßt und erdrosselt.** In Moese (Kr. Wiedenbrück) wurde in der dortigen Mühle der 26 Jahre alte Sohn Vollmer beim Inbetriebsetzen der verschiedenen Mahlgänge von der Kurbelstange erfaßt. Dabei wurden ihm die Kleider so fest um den Hals gedreht, daß er erstickte.

× **Bielefeld**, 4 März. **Mit dem Motorrad gegen die Mauer.** Als der Hausohn Altenhoff aus Brockhagen mit großer Geschwindigkeit in dem benachbarten Steinhagen eine Kurve nehmen wollte, verlor er die Gewalt über die Maschine und sauste gegen eine Mauer. Er erlitt einen schweren Schädelbruch und starb nach kurzer Zeit.

▲ **Steele**, 3. März. **Ein Gegenstück zu den siamesischen Zwillingen.** Hier gebar im neuen Knappschaftskrankenhaus die Ehefrau eines Schlossers ein Zwillingspaar. Die beiden kleinen Geschöpfe waren soweit normal entwickelt, wiesen nur die Eigentümlichkeit auf, daß sie in der Bauchgegend zusammengewachsen waren. Die Kleinen starben gleich nach der Geburt.

√ **Essen**, 3. März **5000 neue Eigenheime für Bergarbeiter.** Der Verwaltungsrat der Treuhandstelle für Bergmanns-Wohnstätten im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier verabschiedete heute vormittag in seiner Sitzung einstimmig eine Vorlage über Errichtung von 5000 Wohnungen als Eigenheime für Bergarbeiter und Bergbauangestellte. Die Wohnungen werden im Laufe der nächsten Jahre erstellt werden. Die Vergebung soll zu neuen Bedingungen gegenüber dem bisherigen Verfahren geschehen, womit sich der Verwaltungsrat ebenfalls einstimmig einverstanden erklärte. Außerdem wurde die Geschäftsführung der Treuhandstelle bevollmächtigt, Kredite zu einem weiteren Wohnungsbau hereinzunehmen.

Spion oder Versicherungsschwindler?

=!= **Berlin**, 3. März. Wie kurz mitgeteilt, ereignete sich gestern zwischen Müncheberg und Strausberg ein schwerer Unglücksfall. Der Führer eines Lastkraftwagens der Reichspost beobachtete, wie ein vor ihm fahrender Personenkraftwagen in voller Fahrt explodierte. Der Führer, der allein in dem Wagen saß, wurde herausgeschleudert und von dem Führer des Postlastwagens in das Müncheberger Krankenhaus gebracht. Er hatte das Bewußtsein verloren. Der Wagen ist durch die Explosion vollständig zerstört worden. Der Bewußtlose trug in einer Art von Kuriertasche englische und russische Briefschaften bei sich.

Nun meldet die „Vossische Zeitung": Die polizeilichen Ermittelungen haben ergeben, daß es sich bei dem Verletzten um einen gewissen Dickoff handelt, der die kanadische Staatsangehörigkeit besitzt, aber anscheinend Russe ist. Die Polizei nimmt an, daß es sich bei dem Verunglückten womöglich um den Agenten einer fremden Macht handelt, der das Autounglück aus noch unbekannten Gründen absichtlich herbeigeführt hat. Aus vorgefundenen Papieren scheint weiterhin hervorzugehen, daß mit dem Unfall ein Versicherungsschwindel geplant war. Bei dem Mann fand man eine Kuriertasche, die von der Polizei geöffnet wurde Zuerst fiel ein Brief in russisch, der anscheinend von einer russischen Behörde an Dickoff gesandt wurde, auf, in dem dieser ersucht wird, seinen Aufenthalt in Deutschland sofort abzubrechen und nach Rußland zurückzukehren. Weiterhin beschlagnahmte die Polizei eine ganze Menge von Papieren und Pässen, die auf verschiedene Namen lauteten, und in denen der Inhaber als Kaufmann, Artist oder Photograph bezeichnet wird, und außerdem eine Anzahl von Dokumenten in russischer Sprache.

Am eigenartigsten mutet aber die Feststellung der Polizei an, nach der der Benzintank des Wagens, der sich am hinteren Ende befand, mit Absicht zur Explosion gebracht worden ist. Dickoff selbst weigert sich vorläufig, sich von der Polizei vernehmen zu lassen. Die Verletzungen, die er erlitten hat, sind nur geringer Art und es hat den Anschein, als ob er vor der Explosion schon aus dem Wagen gesprungen wäre.

Dem „Lokalanzeiger" zufolge, war Dickhoff mit 100 000 Mark auf Todesfall, 200 000 Mark auf Invalidität und bei Arbeitsunfähigkeit mit 25 ℳ pro Tag versichert. Man weiß bisher noch nicht, ob es sich um einen Spion oder einen Versicherungsschwindler handelt. Letzteres erscheint wahrscheinlich, da dies bereits der dritte Autounfall ist, den Dickoff erlitten hat.

Schlichtungsverfahren in Lohnfragen der Reichsbahnarbeiter.

Berlin, 3. März. Die Tarifgewerkschaften der Reichsbahnarbeiter haben bekanntlich die Lohnbestimmungen des Tarifvertrages zum 31. März ds. Jrs. gekündigt. Sie haben ihre Forderungen an die Hauptverwaltung mündlich gestellt. Sie fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes um zehn Pfennige und höhere Entlohnung der Betriebs- und Verkehrsarbeiter, (Durchgehende Löhnung), ferner Erhöhung der Ueberzeitzuschläge und eine besondere Lohnerhöhung auch für die östlichen Gebiete. Ein Teil der Gewerkschaften forderte außerdem Dienstalterszulagen und Dienstprämien. Die erhobenen Forderungen bedeuten eine Steigerung der jährlichen Lohnausgaben um über 250 Millionen Mark. Diese Forderungen wurden von der Hauptverwaltung nicht als geeignete Grundlage für Verhandlungen angesehen. Sie könnten nicht, so sagte sie, mit der Finanzlage der Reichsbahn in Einklang gebracht und auch nicht nach der allgemeinen Lohnlage als berechtigt anerkannt werden. Bei dieser Sachlage hielt es die Reichsbahn für richtig, daß zur Vermeidung von Unruhen durch langwierige, aussichtslose Verhandlungen die Meinungsverschiedenheiten schleunigst durch zur Austragung solcher Lohnstreitigkeiten berufene Stellen entschieden würden. Die Reichsbahn wird sich deshalb sofort mit dem Reichsarbeitsminister wegen Einleitung eines Schlichtungsverfahrens in Verbindung setzen.

Soziales.

Internationale katholische Frauentagung.

Die Internationale Vereinigung katholischer Frauenverbände hält am 24., 25., 26., 27., 28. und 29. April d. J. eine Tagung im Haag in Holland ab. Der Grundgedanke der Besprechung wird die Erneuerung der christlichen Familie sein. Frl. Dr. Krabbel, Frl. Weber, Frau Heßberger und Gräfin Montgelas werden als Vertreterinnen des Kath. Deutschen Frauenbundes an derselben teilnehmen.

Beilegung des Streikes in der sächsischen Hüttenindustrie.

◇ **Düsseldorf**, 3. März. Wie die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller mitteilt, ist der Streik in der sächsischen Hüttenindustrie durch eine Vereinbarung beigelegt worden. Die Parteien haben unter Vorbehalt des beiderseitigen Rechtsstandpunktes ein Provisorium getroffen, das bis endgültigen Entscheids des Reichsarbeitsgerichtes befristet ist.

Weitere Stillegung.

◆ **Berlin**, 3. März. Die Betriebe der Deutschen Telephonwerke- und Kabelindustrie A. G. werden am Dienstag stillgelegt, wovon 1800 Arbeiter betroffen werden.

Gerichtszeitung.

Urteil in einem Prozeß des früheren Königs von Sachsen.

)(**Breslau**, 3. März. Das Oberlandesgericht beschäftigte sich in der Revisionsinstanz mit einer Beleidigungsklage, die der frühere König von Sachsen gegen Monden angestrengt hatte, den früheren Schriftleiter der kommunistischen „Schlesischen Arbeiterztg.", in der unter der Ueberschrift „Ein schlesisches Gut gestohlen — der König von Sachsen als Erbschleicher" ein für den Kläger beleidigender und, wie vor dem Einzelrichter erwiesen wurde, sachlich unrichtiger Artikel erschienen war. Der Einzelrichter hatte auf 600 Mark Geldstrafe oder auf 60 Tage Gefängnis erkannt, wogegen beide Parteien Berufung eingelegt hatten. Die Kleine Strafkammer hob das Urteil erster Instanz auf und bemaß die Strafe auf 3000 Mark oder 300 Tage Gefängnis. Der Verurteilte legte Revision beim Oberlandesgericht ein, welches diese heute verwarf, weil die tatsächlichen Feststellungen des Vorderrichters nicht zu erschüttern waren.

Rundfunk.

Langenberg/468,8. **Münster/241,9.**

Montag, 5. März.

13,05—14,30 Uhr: Mittags-Konzert. Leitung: Eysoldt. 1. Die Komödianten, Marsch — Fuhrmann. 2. Hochzeit der Winde, Walzer — Hall. 3. Ouvertüre zur Oper „Der Kalif von Bagdad" — Boildieu. 4. Melodien aus der Oper „Das Nachtlager von Granada" — Kreutzer. 5. Allsoli: Helene Guermanowa. 6. Zwei Füßerln zum Tanzen — Fall. 7. Ballett der Düfte — Popy. 8. Potpourri aus der Operette „Der Bettelstudent" — Millöcker. — 14,30 Uhr: Funkwerbung: Ratschläge fürs Haus. — 16,15—16,45 Uhr: Frauenstunde. Rechtsfragen für die Frau (1). Marie Theres van den Wyenbergh: „Vormundschaftsrecht". — 16,50—17 Uhr: Das Ereignis des Tages. — 17—17,25 Uhr: Landwirtschaftsfunk. K. Wagner-Bonn: „Der Buschobstbau". — 17,25—18 Uhr: Geschichtsbilder aus Alt-Köln. Prof. Dr. Bender: „Engelbert, der Heilige". — 18—19 Uhr: Vesperkonzert, ausgeführt von Marie Eck von Offi.-(Klavier) und dem Sologuartett „Köln" (P. Mones, J. Schmitz, H. Most, C. Spieshofer.) 1. Toccata und Fuge D-moll — Bach-Tausig. 2. a) Vesper — L. van Beethoven. b) Liebe — Fr. Schubert. c) Wie schön blüht uns der Maien— Volkslied des 16. Jahrh., bearbeitet von G. Schumann. 3. Ballade G-moll — Chopin. 4. a) Tanzliedchen — Hans L. Hasler (1601), bearbeitet von E. Humperdinck. b) Heute scheid' ich — C. Ifenmann. c) Ständchen — R. Wischenhauser. 5. Zwölfte Rhapsodie — Liszt. — Flügel: Steinway. — 19,20—19,40 Uhr: Die Stunde des Arbeiters. Intendant Ernst Hardt: Aus einer „Arbeiterbiographie". — 19,45—20,10 Uhr: Elternstunde. Pres.-Kuchhoff: Betragen nicht ohne Tadel. — 20,15 Uhr: Abendkonzert des kleinen Orchesters des Westdeutsch. Rundfunks. Leitung: Eysoldt. 1. Hofball-Tänze, Walzer — Lanner. 2. Ouvertüre zu „Egmont" — Beethoven. Melodien aus der Oper „Lohengrin" — Wagner. 4. Ich liebe dich, Lied — Grieg. 5. Romanze — Svendsen. (Solist: Heinrich Penstz.) 6. Zweite Polonaise — Liszt. 7. Mighty Lak 'a Rose", Intermezzo amorosa — Nevin. 8. Potpourri a. d. Operette „Zigeunerliebe" — Lehar. 9. Mein Liebling tanzt, Charakterstück — Michels. — Anschließend: Letzte Meldungen, Sportbericht. — Anschließend: Funkwerbung: Mitteilungen aus der Geschäftswelt. — Anschließend bis 24 Uhr: Nachtmusik und Tanz. Leitung Eysoldt.

Mingol
TABLETTEN GEGEN
Husten, Heiserkeit Klappdose 75 Pfennig, in Drogerien u. Apotheken